

# Buchbinder-Zeitung

Organ des Deutschen Buchbinder-Verbandes

Ersteinst Sonntags.  
Bezugspreis vierteljährlich 1.50 RM.  
ohne Postbefreiung. Nur Post-  
bezug. Bestellung bei allen Postäm-  
tern. Geschäftsstelle Berlin S. 79,  
Urbanstr. 69 I. Fernr.: 98911 8953.

Einzelnenpreis  
die vierteljährliche Beilage 97 Pf.;  
für Verbandsmitglieder 50 Pf.;  
Stellungsgeld 3 Pf.; Beilagen-  
beilage 10 Pf. Der An-  
gebotepreis ist vorher zu ermitteln.

Nr. 18.

Berlin, den 27. April 1919.

35. Jahrgang.

## Zum ersten Mai!

Die Arbeiterklasse wird in diesem Jahre am 1. Mai eine internationale Heerschau abhalten, die nach den langen Kriegsjahren die Grundzüge und Gedanken des Friedens wieder pflegen soll. Für die deutschen Arbeiter wird die Maiseier dieses Mal eine erhöhte Bedeutung haben, weil wir den Sieg der Revolution über die finsternen Mächte der Reaktion feiern können.

Seit 1889 war der erste Mai der Tag der internationalen Demonstration des Proletariats für Arbeiterschutz und Weltfrieden. Unsere Kundgebungen sollten den herrschenden Klassen ins Gewissen reden, die Sozialpolitik nicht zu vernachlässigen und eine ernste Friedenspolitik zu betreiben. Und sie sollten nicht minder den Indifferenten und Launen unter den Arbeitern selbst den Gedanken der Solidarität der Arbeit nahebringen, sie aufrufen zum organisierten Kampf für den Achtstundentag, für vermehrten Arbeiterschutz und für den Weltfrieden.

Die diesjährige Maiseier wird für den deutschen Arbeiter eine Siegesfeier sein: Der Achtstundentag ist durch die Revolution in unserem Lande verwirklicht und die gesamte Sozialpolitik steht unter dem Einfluß der Arbeiter. Ihre eigenen Vertreter haben in der Regierung die ausschlaggebende Bedeutung, die zur wirksamen Förderung des Arbeiterschutzes nötig ist, und wir haben bereits eine ganze Anzahl von Verordnungen mit Gesetzeskraft durchgesetzt, die die Fesseln des alten Rechts den Arbeitern abnehmen und wichtige neue Rechte zur Durchführung bringen. Die Sicherstellung des Koalitionsrechts für alle Arbeitnehmer, die gesetzliche Anerkennung der Vertragsfähigkeit der Gewerkschaften auf dem Gebiete des Arbeitsrechts zeigen den neuen sozialistischen Geist, der mit dem Siege der Revolution in die deutsche Regierung eingezogen ist.

Auch außerhalb der deutschen Grenzen bereitete die Revolution eine soziale Umwälzung und den grundlegenden Fortschritt der Sozialpolitik vor. In Rußland und in Oesterreich-Ungarn hat die Revolution den Achtstundentag gebracht und alle Fesseln, die eine reaktionäre privilegierte Klasse dem arbeitenden Volke auferlegte, beseitigt. Die sozialistische Neugestaltung der Gesellschaft ist dort wie hier das große Problem, das alle beschäftigt. Die revolutionäre Flut meldet sich selbst in den Ländern des siegreichen Imperialismus der Weststaaten; in Italien und Frankreich reden die Arbeiter eine deutliche Sprache. Schon meldet die Presse von einem Entgegenkommen der französischen Regierung in Sachen des Achtstundentages, derselben Regierung, die in den besetzten Gebieten den Achtstundentag der deutschen Revolution brutal aufhob. In England und Amerika marschiert der Achtstundentag ebenfalls, auch die neutralen Länder sehen sich unter dem Druck der Arbeiter genötigt, den Normalarbeitstag des Proletariats anzuerkennen. Das ist der Sieg auf der ganzen Linie.

Nicht ganz so zuversichtlich ist das Problem des Völkerfriedens zu beurteilen. Die Hoffnung der Arbeiter aller Länder, sie würden den lange drohenden Krieg verhindern und den Weltfrieden sichern können, wurde durch den Ausbruch des Weltkrieges zertrümmert. Während dieses schrecklichsten aller Kriege, der Irrsinn und Wahnsinn zum obersten Gesetz des menschlichen Handelns erhob und Verbrechen auf Verbrechen häufte, wurde die Idee des Völkerbundes zur neuen Hoffnung einer neuen Menschheit. Was das sozialistische Proletariat seit 1889 alljährlich am ersten Maitage stürmisch verlangt hatte, wurde selbst von den herrschenden Klassen aller Länder mehr oder weniger offen als die einzig möglich erscheinende Rettung anerkannt.

Selbst die Vertreter des siegreichen Imperialismus haben sich, unwillig zwar, schließlich mitreißen lassen müssen. Lange genug haben sie in den

Pariser Beratungen den Plänen des Präsidenten Wilson Widerstand geleistet und auch heute noch besteht kein Zweifel darüber, daß insbesondere die herrschende Klasse Frankreichs den Völkerbund nur insoweit wünscht, als er ihr die Herrscherstellung zu sichern und die Gewalt über die besiegten Völker zu geben vermag. Der Entwurf, der aus den Beratungen in Paris hervorgegangen ist und der Welt mitgeteilt wurde, zeigt gar zu deutlich diese Spuren eines machthungrigen Imperialismus.

Diese Satzungen eines Völkerbundes sind nicht geeignet, die Arbeiterklasse zu befriedigen. Sie sind noch völlig ungenügend und in ihrer bisher bekanntgegebenen Gestalt auch untauglich, den Frieden der Welt zu sichern. Nur unter dem Einfluß der Arbeiterklasse wird ein Völkerbund entstehen können, der den wirklichen Frieden und an Stelle von Ausbeutung und Völkerhaß den Geist der Solidarität und Brüderliebe den aus Tausenden Wunden blutenden Völkern bringt.

Daß die Arbeiter trotz der Wirren des Krieges diesen Geist noch pflegen, hat die internationale Gewerkschaftskonferenz in Bern im Februar d. J. klar und deutlich gezeigt. Hier tagten zum ersten Male seit Ausbruch des Krieges Vertreter der Gewerkschaften beider kriegsführenden Gruppen und der Neutralen. Kein Wort der Zwietracht führte die Verhandlungen, die zu einstimmig gefaßten Beschlüssen führten. Die Berner Gewerkschaftskonferenz forderte einen Völkerbund der Gerechtigkeit und des Rechts, einen Völkerbund der menschlichen Solidarität. Und sie forderte einen beschleunigten Ausbau der internationalen Arbeiterschutzesgesetzgebung, der die Regeneration der Völker fördern und die erste internationale Grundlage für den Sozialismus als System der Weltwirtschaft schaffen soll.

Gerade diese Forderungen müssen wir bei der diesjährigen Maiseier in den Vordergrund rücken. Die internationale Durchführung und Förderung des Arbeiterschutzes wird um so mehr zum Brennpunkt der Arbeiterforderungen, je mehr unser Einfluß auf Gesetzgebung und Verwaltung in den einzelnen Ländern steigt. Und der internationale Charakter der Maiseier wird mit besonderer Schärfe dadurch unterstrichen, daß überall in der Welt, wo an diesem 1. Mai sich die Proletarier versammeln, der internationale Arbeiterschutz und der Völkerbund Gegenstand ihrer Beratungen und Forderungen wird.

Für uns in Deutschland bleibt noch die Ehrenpflicht, unserer in fremder Kriegsgefangenschaft schmachtenden Volksgenossen zu gedenken. Zur Sklavenarbeit hat der hasserfüllte französische Chauvinismus unsere Kriegsgefangenen verurteilt. Wir haben in Bern dagegen protestiert und von den Gewerkschaftsvertretern Frankreichs und Englands die Zusage erhalten, daß sie gegen diese brutale Versklavung unserer Kriegsgefangenen vorgehen werden. An dieses Versprechen müssen wir sie am 1. Mai, am Tage der Arbeit, erinnern und die Erwartung aussprechen, daß die Arbeiter Frankreichs und die Arbeiter Englands die Sklaverei bekämpfen, in die ihre herrschenden Klassen Angehörige unseres Volkes geschleppt haben.

Daß der 1. Mai in diesem Jahre überall in Deutschland durch Arbeitsruhe gefeiert wird, ist selbstverständlich. Heute hat das deutsche Proletariat die Macht, den 1. Mai zu einem Feiertag der Arbeit zu gestalten, und es muß von dieser Macht einmütig Gebrauch machen.

Daher Arbeiter, Gewerkschafter, auf zur Maiseier 1919. Sorgt dafür, daß dieser Tag zu einer machtvollen Kundgebung für den Völkerbund, den Völkerfrieden, für Arbeiterschutz und Sozialismus in der ganzen Welt wird.

Die Generalkommission.

Mit dem Erscheinen dieser Nummer ist der 18. Wochenbeitrag fällig. Nach § 7 Abs. 1 des Statuts ist der Beitrag nicht nachträglich, sondern im Voraus zu entrichten.

Von der pünktlichen Beitragszahlung hängt ebensowohl die geregelte Tätigkeit der Organisation als auch das Recht des Mitglieds auf Unterstützung im Bedarfsfalle ab. Jedes Mitglied erfüllt daher eine Pflicht gegen den Verband und nützt sich selbst, wenn es seine Beiträge regelmäßig und pünktlich bezahlt.

### Bekanntmachung des Vorstandes.

1. Im Einvernehmen mit dem Verbandsauschuss berufen wir hiermit den mehrmals wegen der Kriegsverhältnisse verschobenen ordentlichen

#### 13. Verbandstag

zu Montag, den 28. Juli, und folgende Tage nach Würzburg ein. Der Tagungslokal wird später bekanntgegeben, ebenso die Tagungsordnung.

Wir machen auf § 67, Abs. 4 unseres Verbandsstatuts besonders aufmerksam, der da lautet:

„Anträge, welche auf die Tagesordnung des ordentlichen Verbandstages kommen sollen, müssen zehn Wochen vor demselben dem Vorstand schriftlich eingeschickt werden und sind durch denselben sieben Wochen vor dem Verbandstag im Verbandsorgan zu veröffentlichen.“

Demnach sind solche Anträge bis spätestens zum 18. Mai an uns einzusenden. Jeder Antrag ist auf ein besonderes Blatt Papier zu schreiben, das nur auf einer Seite beschreiben werden darf. Bei jedem Antrag bitten wir anzugeben, ob es sich um einen Antrag zum Statut oder um einen allgemeinen Antrag handelt.

Alles weitere geben wir später bekannt.

### 2. Wahl der Delegierten zum 10. Kongress der Gewerkschaften Deutschlands in Nürnberg. (30. Juni 1919 und folgende Tage.)

Seit 1904 ist die Wahl von Delegierten zu den Gewerkschaftskongressen auf unseren Verbandstagen geübt, und Anträge auf Urabstimmung sind immer dort abgelehnt worden. Auch diesmal wäre man wohl so verfahren, wenn ein Verbandstag vor dem Gewerkschaftskongress stattfände. Da das jedoch nicht der Fall ist, so haben wir beschlossen, von den dem Verbandsorgane zustehenden 10 Mandaten je eins dem 1. Verbandsvorsitzenden, Kollegen Emil Kloth, sowie dem Redakteur unseres Verbandsorgans, Kollegen Karl Michaelis, entsprechend den Gepflogenheiten der letzten Verbandstage zu übertragen und die übrigen 8 Mandate durch Urabstimmung der Verbandsmitglieder verteilen zu lassen.

Das ganze Verbandsgebiet ist als ein Wahlkreis zu betrachten.

Die Vorschläge betreffs der Delegierten sind in den Zahlstellen in Mitgliederversammlungen vom 2. bis 5. Mai zu machen, die Einzelmitglieder haben ihre Vorschläge an die Gewerkschaften bis spätestens zum 5. Mai einzusenden.

Die Einbringung der Delegiertenvorschläge an den Verbandsvorstand hat spätestens am 9. Mai zu erfolgen.

Die Veröffentlichung der Vorschläge wird am 24. Mai in der „Buchbinder-Zeitung“ geschehen.

Die Wahl der Delegierten durch Urabstimmung ist in der Zeit vom 30. Mai bis zum 2. Juni vorzunehmen, wobei sinngemäß das Wahlreglement betreffend die Delegiertenwahlen zum Verbandstag zugrunde zu legen ist.

Die Einbringung des Wahlergebnisses an den Verbandsvorstand muß durch die Bevollmächtigten spätestens bis zum 5. Juni geschehen.

Die Bekanntgabe des gesamten Wahlergebnisses bzw. der gewählten Delegierten erfolgt am 15. Juni in der „Buchbinder-Zeitung“.

Wir ersuchen die Bevollmächtigten, alle Vorbereitungen entsprechend vorstehender Bekanntmachung rechtzeitig zu treffen und die angegebenen Termine pünktlich einhalten zu wollen.

3. Eine neue Zahlstelle des Verbandes ist mit Wirkung vom 1. April ab in Burgstädt i. Sa. ins Leben getreten.

In den neuen Zahlstellen, auch in den in den vorigen Nummern bekanntgegebenen, wird Kassenunterstützung einstellen nicht ausgezahlt.

4. Reichstarif für die Briefumschlag- und Papierausstattungsfabriken. Ein Rundschreiben des Verbandsvorstandes bezüglich des obigen Tarifes und der Text des vorbehaltlich endgültiger Zustimmung seitens der beiderseitigen Organisationen vereinbarten Haupttarifs ist allen Bezirks- und Gauleitern in einigen Exemplaren zugesandt. Die Gauleiter wollen je ein Exemplar an die am Tarif interessierten Zahlstellen ihres Gaues weitergeben. Sollte dabei eine oder die andere Zahlstelle übersehen werden, in deren Bereich einschlägige Betriebe sich befinden, so wollen die Ortsverwaltungen sich an den zuständigen Bezirks- oder Gauleiter wenden.

5. Die Berichtskarten für das Statistische Reichsamte (graue Karten) sind in der abgelaufenen Woche an die Kassierer der Gaue und Zahlstellen versandt worden. Als Stichtag für die Zahlung der Arbeitslosen kommt für diesen Monat der 26. April in Betracht.

Für die richtige Beantwortung der in den Berichtskarten gestellten Fragen ist im „Handbuch für die Bevollmächtigten“, auf Seite 226—237, eine ausführliche Erläuterung gegeben, welche wir allen damit beauftragten Funktionären, besonders aber den in den neugegründeten Zahlstellen tätigen Kassierern, zur genaueren Beachtung empfehlen.

Die Feststellungen über den Umfang der Arbeitslosigkeit sind in den jetzigen bewegten Zeiten von besonderer Bedeutung und werden daher vom Statistischen Amt in der bisherigen Weise fortgeführt. Mit Rücksicht darauf, daß durch die zurzeit bestehenden schwierigen Verkehrsverhältnisse die Beförderung der Postkassen sehr verzögert wird, ersuchen wir die Verwaltungen der Zahlstellen, dafür besorgt zu sein, daß die ausgefüllten Berichtskarten sofort an uns eingeschickt werden. Diese müssen spätestens am 5. Mai bei uns eingetroffen sein.

6. Mehrere Broschüren: Symp, Regelung von Arbeitszeit, Einstellung, Entlassung gewerblicher Arbeiter; Jansson, Gemeinschaftsarbeit im Wirtschaftsleben; und Material über Deutschlands wirtschaftliche Lage, sind allen Gau- und Ortsverwaltungen in einem oder einigen Exemplaren zugesandt.

Auch der Hauptvertrag zur Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen in der Etnisindustrie ist der Sendung beigelegt.

Sollte die Sendung irgendwo nicht angekommen sein, erwarten wir entsprechende Nachricht.

Der Verbandsvorstand.

### Ein ernstes Wort zum Maientag.

Zum ersten Male soll dieses Jahr der Arbeiter sein Maifest feiern können ohne die sonst üblichen Begleiterscheinungen der wirtschaftlichen Notlagen oder politischen Verfolgungen. Da muß es sich nun auch zeigen, daß unsere Forderungen auf Freigabe des Maientages etwas mehr waren, als nur der Ausdruck einer bloßen Demonstration des unter dem Druck der bürgerlichen Gewalten feizenden Standes. Es muß sich jetzt zeigen, daß es uns mit dieser Forderung ernst war, daß wir diesen Feiertag brauchen, damit alle Welt erkenne, welche Macht die Arbeiterkoalition darstellt. Darum ist notwendig, daß die Beteiligung an diesem ersten in wahrhafter Bedeutung wirklich freien Maientages eine so überwältigende allerorts wird, daß jeder aus ihr neuen Mut schöpfen kann zur Bewältigung der noch der Erfüllung harrenden Aufgaben.

Im Zeichen ihres Kiesenkampfes braucht die Arbeitererschaft einen Tag der Ruhe und der Sammlung, an dem sie rückschauend ihren seither eingeschlagenen Weg einer innerlichen Prüfung unterziehen und an dem sie vorausschauend die Größe der ihrer noch vorliegenden Aufgaben abschätzen kann. Achttundentag, Maifest und Frieden waren die hauptsächlichsten Forderungen der vergangenen Jahre, für die wir am 1. Mai demonstrierten. Achttundentag und Wahlrecht sind uns durch eigene Kraft jetzt geworden, und der Frieden, der hoffentlich dem gegenseitigen Völkermordem endgültig und für alle Zeiten den Schlusstrich bringt, ist nahe.

Anderer Forderungen sind es darum, die wir jetzt erheben, Forderungen, der Neuzeit angepaßt und den Bedürfnissen des Tages. Allen weit voraus steht die Forderung auf Einigkeit der Arbeitererschaft selber. Gleicht es nicht einem glutigen Witz der Weltgeschichte, daß der Tag, der sonst den Maifest erklingen ließ: Arbeiter aller Länder, vereinigt Euch!, daß dieser Tag der Widerjinn des Krudenworts erleben muß, daß die Uneinigkeit, die gegenseitige Zersplitterung bei uns wahre Orgien feiert, und viele Tausende schon die Notwendigkeit der proletarischen Einigkeit mit ihrem Herzhalt beteuerten? Es ist so untagbar traurig und bitter, zu sehen, wie die Früchte des Sieges der Arbeitererschaft im wahnwitzigen Bürgerkrieg zertreten werden. Ist denn immer noch nicht genug Blut geflossen? Die fast vierzehnhundert Tote, die Berlin im Bürgerkrieg sah, die vielen Hunderte in den anderen Städten, sind sie nicht Grund genug zum Einhalten? Die Waffen nieder, das sollte unsere Losung sein am Maientag; die Waffen nieder, die gegen die eigenen Arbeitsbrüder gerichtet sind. Die Uneinigkeit ist die größte Gefahr für die Arbeitererschaft, für den Geist der Revolution. Diese Uneinigkeit, geboren nur in den wenigsten Fällen aus dem Streben nach dem Besseren, gründet sich in ihrem Großteil auf persönliche Egoismus und recht gehässige Kampfesweise. Ihr alle, die ihr am Maientag zusammenkommt, gelobt es Euch, eilig zusammenzutreten, damit nichts verloren gehe von dem Geist, der uns auch weiterhin vordrängen ist, achtet auch in eurem politischen Gegner den Menschen, der das Beste will für die Arbeitererschaft nach seiner Anschauung. Im Endziel sind sich alle einig, der Weg nur ist, der die Geister scheidet.

Geben wir nicht Glend genug auf Erden? Wer denkt nicht an die Hunderttausende, die noch fern von uns in fremdem Lande die Stunde der Freiheit herbeiführen? Wer weiß es, wie lange sie noch festgehalten werden sollen in ihrem bauernwerten Los, das nicht sie, das nicht wir verschuldeten? Wer denkt nicht an die vielen Hunderttausende, die in den letzten Jahren dahingewelt sind, weil es ihnen am Nötigsten fehlte zur Erhaltung des Lebens? Und wer denkt nicht der Hunderttausende, die infolge des zerrütteten Wirtschaftslebens keine Verwendung für ihre Arbeitskraft finden können und denen die Zukunft düster genug erscheinen muß?

Wahrlich, es ist viel Glend auf Erden, und die Festfreude an unserem Maientag müßte tief verschleiert eingehalten. Trost allem aber geben wir noch die Hoffnung, daß ruhige Ueberlegung baldigst Einkehr halten möge im Herzen des deutschen Arbeiters, daß die Selbstbestimmung wieder die Oberhand gewinnen wird und mit vereinten Kräften die Sicherstellung der Erzeugnisse der Revolution in die Wege geleitet werden kann. Nur die Einigkeit der Arbeiter kann das schaffen.

### Der Sinn der Organisation.

Warum organisiert sich der Mensch? Um der vereinten Kraft ein Ziel setzen zu können, das dem einzelnen fast unerreicherlich bliebe. Dieses planmäßige Zusammenwirken vieler Einzelkräfte macht das Wesen jeder Organisation aus. Dieses Wesen haben die vielen Tausende mindestens instinktiv geahnt, die in den letzten Monaten in die gewerkschaftlichen und genossenschaftlichen Organisationen strömten. Diese Massen ahnen, glauben, daß die Zusammenarbeit mit vielen wirtschaftlich Gleichgestellten die Bekämpfung wirtschaftlicher Lebel ermöglicht. Diesen Glauben gilt es zum Wissen auszugestalten. Es ist eine dringende Aufgabe, den Zutrom zu unseren wirtschaftlichen Organisationen dauernd an diese zu fesseln. Der Zutrom an neuen Mitstreitern und Mitarbeitern muß zur Erweiterung der Kraft unserer Gewerkschaften und Genossenschaften gemünzt werden. Jedes neue Mitglied muß erfahren, wie notwendig unsere wirtschaftlichen Organisationen sind. Diese Ueberzeugung wird dem Nachwuchs befähigen, selbst wieder werdend zu arbeiten.

Die Gewerkschaft erstrebt durch planmäßige Einsetzung zusammengefaßter Einzelkräfte die Hebung der Lebenshaltung breiter Arbeitsschichten. Es geht dabei um höheren Lohn, um Verkürzung der Arbeitszeit, überhaupt um die Verbesserung der Wirtschaftslage der Arbeiter. In der Förderung des Gesamtwohls findet der einzelne den Weg zum wirtschaftlichen Aufstieg gebener. In dem gleichen Maße, wie der einzelne am gemeinsamen Werke tätig ist, vergrößert sich sein wirtschaftlicher Wohlstand.

Die gleiche Methode sichert auch die Erfolge der anderen, gleich notwendigen wirtschaftlichen Organisation, der Zusammenschluß der Verbraucher. Die Genossenschaftsbewegung ist die Zusammenfassung der einzelnen Verbraucher zu dem Zweck, dem erarbeiteten Lohn die wirtschaftlich mögliche Kaufkraft zu sichern. Verärgerte Kräfte sind nicht nur in der Gütererstellung, sondern ebenso auch in der Güterverteilung ohnmächtig. Der durch die gewerkschaftliche Macht errungene Lohn ist an sich noch lange nicht in höchstmöglichem Maße kaufkräftig. Das gleiche Streben nach persönlichem Gewinn, das den Lohn drückt, den Arbeitsertrag nicht so zur Verteilung gelangen läßt, daß der Arbeit die ihr zukommende Gegenleistung zuzieht, verhindert auch die volle Auswirkung der Kaufkraft des Lohnes. Hier wie da — so lehrt es die reichlich genug gesammelte Erfahrung — vermag nur die zweckbewusste Gemeinschaftsarbeit vieler Einzelkräfte dem Drängen nach Gewinn Raum und Jügel anzulegen. Sich das eindringlich vor Augen zu führen, die Lässigen auf den rechten Weg zu führen, ist gerade jetzt besonders angebracht, wo im Leben unseres Volkes einfach alles auf planmäßige Nachbarmachung aller aus dem wirtschaftlichen Zusammenbruch geretteten Kräfte ankommt. Der Gedanke, der unserer Gewerkschafts- und Genossenschaftsarbeit Zeitgenossen ist, vermag sogar dem einfältigsten Verstande als richtig erkannt zu werden. Darum einmal: Selbst hinein in diese Organisationen und dann auch tatkräftig gearbeitet, damit deren Ring möglichst bald geschlossen werde.

### Die Revolution und der gewerbliche Gesundheitschutz der Industriearbeiter.

Das Aufstehen der Arbeiterklasse schaffte neue Probleme und Rechte für diese, die konsequent die alte Herrschaft zerreiben oder beseitigen müssen. Die Rechte der Unternehmer der alten Gesellschaft, wie die unbegrenzte Aneignung des Arbeitsertrages, die Koalitionen der Arbeiter durch die Klaffengehegung zu verhindern oder zu unterbinden und die freie Verfügung über Leben und Gesundheit der Beschäftigten in ihren schutzlosen Betrieben, werden durch die evolutionäre Entwicklung abgeschwächt und zuletzt durch die organisatorische Macht der Arbeiter vollständig lahmgelegt. Und wie uns die Vorgänge der letzten Monate untrügerisch gezeigt haben, hat gerade diese Entwicklung die Grundlage zu einer revolutionären Umgestaltung der alten Machtverhältnisse gegeben, die bei allen Wirren und Widersprüchen auch dazu angetan sein konnte, daß selbst sehr fortgeschrittene Regierungsmänner sie nicht verstehen und begreifen können. — Was durch die Evolution erst im Laufe von Jahrzehnten und oft nach schweren Kämpfen erreicht werden konnte, erzwingt die explosive Kraft der Revolution in

wenigen Tagen. Die große Streikwelle, die jetzt fast alle am Kriege beteiligten Staaten und vielleicht noch darüber hinaus durchflutet, ist die treibhausmäßige Frucht einer Erditterung der Volksmassen über die Vorenthaltung politischer Rechte, mit der Folge materieller Entbehrungen. Aus dieser Seelenstimmung heraus entwickeln sich diese Vorgänge. Revolutionen ängern sich nicht nach doktrinären oder theoretischen Grundfragen; hier gehen die Wege selten gerade, meistens krumm. Daher die öffentliche Wahrnehmung, daß den Führern oft die Bewegung über die Köpfe wächst; sie leiten nur noch in den seltensten Fällen oder scheinbar, und werden so planlos vorwärts getrieben. Die Erkenntnis, daß zur erfolgreichen Zweckmäßigkeit einer solchen Bewegung auch klare Ziele und eine tatsächliche Führung gehört, wird, wie zu sehen, erst dann kommen, wenn die Kraft droht abzuflauen. Aber auch dann wird die Frage rückhaltlos aufgeworfen werden müssen: Ob das ganze Maß der möglichen Erfolge wirklich erreicht sei, wobei dann zutage treten wird, daß durch Aniegnung und Anwendung brutaler Gewaltmittel sowie durch einseitige Wahrnehmung materieller Interessen, die Erbringung wichtiger Sozialrechte verhindert wurde. Vor allem ist hier an den gewerblichen Schutz von Leben und Gesundheit mit der Rechtsforderung zu erinnern, daß bei diesem Ausbau unserer Linie die Arbeiter mitzuwirken haben. Um hier klare, übersichtliche und zuverlässige Verhältnisse zu schaffen, ist deshalb eine gründliche Reform der ganzen Gewerbeaufsicht zu verlangen, wobei dann die Arbeiterkontrollen als amtliche Organe zu fordern sind und für die einzelnen Betriebsgruppen in Tätigkeit treten.

Nicht unbeachtet zu lassende Teilerfolge sind hier schon zu verzeichnen. Einzelne Bundesregierungen haben schon in den Jahren vor dem Kriege und vor der Revolution einige Ansehnlichkeiten gemacht, wie z. B. die Anstellung von Fabrikarbeiterinnen zu Gewerbe-Aufsichtsassistentinnen in Preußen. Hierbei darf jedoch nicht vergessen werden, daß die Anstellung dieser Aufsichtsorgane in den einzelnen Bundesstaaten ganz besonders durch den Mangel an Gewerbe-Aufsichtsbeamten infolge des Krieges vor sich gegangen ist. Auf die Anstellung von Gewerbe-Aufsichtsassistentinnen selbst haben die Arbeiterinnen gar keinen Einfluß; das Vertrauen der letzteren soll auf einem anderen Wege erreicht werden. Wie bekannt sein dürfte, sind in den süddeutschen Bundesstaaten seit Anfang des Jahres 1900 Arbeiterkontrollen für das Bauwesen angestellt. Die Gemeinden und sonstige Verwaltungsbehörden haben hier das fakultative Recht, also zwanglos nach freiem Ermessen solche Aufsichtsbeamte anzustellen. Gewählt haben die Arbeiter diese Leute nicht, aber man hat sich immer bemüht, die geeigneten Personen aus den Kreisen der Gewerkschaften zu entnehmen. Diese Arbeiterkontrollen haben durch ihren fastlichen Gleich den Beweis erbracht, daß der Arbeiter sich wohl zu einer unparteiischen Wahrnehmung der Geschäfte der Gewerbeaufsicht eignet und den vorgelegten Aufsichtsbeamten ganz zuverlässig unterstützen kann. Das hat zur Folge gehabt, daß die preussische Regierung sich erstmals für das Baugewerbe den Forderungen der Arbeiter nicht entziehen konnte.

Durch einen Runderlaß des Staatskommissars für Wohnungswesen in Preußen vom 13. Dezember 1918 sind die Regierungspräsidenten angewiesen „soweit“ dafür zu sorgen, daß bei dem Wiederbeginn der Bautätigkeit zur Wahrnehmung des Arbeiterschutzes bei den in Frage kommenden Behörden Bauarbeiterkontrollen gegen Gehalt oder Lohn angestellt werden. Als Voraussetzung gilt dabei, daß der betreffende Arbeiter eine Behelzung durchgemacht und mindestens fünf Jahre auf Bauten praktisch gearbeitet hat. In diesem Runderlaß ist das Obligatorium in der Anstellung von Bauarbeiterkontrollen festgelegt; von „freiem Ermessen“ ist hier nicht mehr die Rede. — Bei dieser Anstellung sind Kriegsbeschädigte zu bevorzugen und im übrigen die Gewerkschaften zu hören und allgemein deren Vorschläge zu berücksichtigen. Wehlich so, und das muß erreicht werden, sollen auch Industriebetriebe nicht nur ein- oder zweimal im Jahr, sondern je nach dem Grade der Gefährlichkeit im erforderlichen Falle sogar monat- oder wöchentlich revidiert werden. Von Interesse ist auch die einleitende Begründung des Staatskommissars zu dem Runderlaß vom 13. De-

zember 1918, worin gesagt wird: „Es gilt mit allen Kräften darauf hinzuwirken, daß den zahlreichen Menschenverlusten und körperlichen Beschädigungen, die der Krieg mit sich gebracht hat, nicht durch Unfälle neue hinzugefügt werden. Diese auf eine Mindestzahl zu beschränken, muß das Ziel jeder für die Sicherheit auf Bauten verantwortlichen Behörde sein.“ Das, was hier zum Ausdruck gebracht wird, wird auch für den dringend benötigten Schutz des Industriearbeiter Geltung haben müssen.

Vor allem ist zu konstatieren, daß die Zahl der aufsichtsführenden Personen bei der Gewerbeinspektion und bei den Berufsorganisationen viel zu gering ist und durch den Krieg noch beträchtlich reduziert wurde. Dabei liegen die Dinge ganz offen. Das sich hier zeigende Manko kann durch die gesetzliche Anstellung von Arbeiterkontrollen sehr bald ausgeglichen werden. Schon seit dem Jahre 1911 werden die Berufsorganisationen durch die Reichsversicherungsordnung (§ 875) darauf hingewiesen. Wenn aber, veranlaßt durch den alten Herrenbüffel, die Berufsorganisationen sich weiter weigern sollten, dem nachzugeben, dann muß ihnen überhaupt die Wahrnehmung der Unfallverhütung abgenommen werden, die dann der staatlichen Gewerbeaufsicht (§ 139 der Gewerbe-Ordnung) angegliedert werden kann.

Durch die Revolution ist auch für den Arbeiterschutz die Bahn freigemacht worden. Darum muß auch für die Arbeiter der Industrie jetzt die Zeit gekommen sein, den Arbeiterkontrollen mit allem Nachdruck zu fordern. In diesem Sinne ist deshalb auch die Sozialpolitische Abteilung der General-Kommission bei den höheren Verwaltungsorganen im Reich und bei den Bundesstaaten vorgegangen.

G. Heintz.

### Konferenz der Vertreter der Verbandsvorstände.

Am 1. und 2. April fand in Berlin eine Konferenz der Vertreter der Verbandsvorstände statt, die sich mit einer Reihe gewerkschaftlicher und sozialpolitischer Fragen beschäftigte. Ueber diese Konferenz erhalten wir nachstehenden Bericht, dessen Bewertung in hingemäßer Uebertreibung bereits im ersten Teil des Artikels „Neuorientierung der Gewerkschaften“ in Nr. 16 der „Buchbinder-Zeitung“ enthalten ist. In dem uns übermittelten Bericht heißt es:

Der schriftlich vorliegende Bericht der General-Kommission für das Jahr 1918 wurde durch Legien in mehreren Punkten ergänzt. Er behandelt die Wirksamkeit der General-Kommission für die Sozialpolitik und Demokratisierung des preussischen Wahlrechts, für die gesetzliche Regelung des kollektiven Arbeitsvertrags, für das Arbeitskammergesetz und für die Demobilisierung, sowie besonders die Schaffung der Arbeitsgemeinschaft der gewerblichen Arbeitgeber- und Arbeitnehmerverbände und über die gewerkschaftlichen Forderungen zum Friedensvertrag. Die mündlichen Ausführungen Legiens erstreckten sich insbesondere auf die Tagung des Gewerkschafts-Kongresses in Nürnberg, auf die Schaffung des „Gewerkschaftlichen Nachrichtenendienstes“, auf die Beseitigung der gewerkschaftlichen Stellenvermittlung, auf die Aufstellung von Grundfragen über den gewerkschaftlichen Charakter von Berufsorganisationen, auf den Schiedspruch über Differenzen zwischen den Verbänden der Bäcker und der Fabrikarbeiter, auf die Errichtung von Arbeitersekretariaten und die Anstellung von Gewerkschaftssekretären, auf die Waifeier und auf das Mannheimer Abkommen mit der Sozialdemokratischen Partei, sowie auf die Anstellung eines Sekretärs in der General-Kommission. Sehr erörterte die finanzielle Lage der General-Kommission und die wachsenden Ausgaben derselben, die auch bei den günstigen Umständen der allgemeinen Gewerkschaftsentwicklung wahrscheinlich zu einer Neuordnung der Finanzen der General-Kommission führen werden. In der Debatte gab Leipart instruktive Einblicke in den praktischen Aufbau und Ausbau der Arbeitsgemeinschaften. Er regte ferner geeignete Schritte hinsichtlich der fortgesetzten Erhöhung der Papierpreise an, um die der Tagespresse zugewendete Reichsunterstützung auch der Gewerkschaftspresse zuwenden.

Angeichts der wiederholten politischen Massenkreisläufe wiederholte die Konferenz den Beschluß der Vorstandskonferenz vom 1. Februar 1918, wonach bei politischen Ausständen Gewerkschaftsunterstützung in keiner Form gezahlt werden soll.

Einsichtlich der Gewerkschaftsangelegenheiten, die ein parlamentarisches Mandat ausüben, war die Konferenz der Meinung, daß die Gewerkschaften berechtigt sind, Gehaltsabzüge vorzunehmen, sofern für diese Angestellten Hilfskräfte eingestellt werden müssen.

Die Stellungnahme zu den Beamtenorganisationen war für die Konferenz geboten infolge der sich häufenden Anforderungen auf Gründung neuer Beamtenvereinigungen. Auf die Anfrage der Generalkommission erklärten sich die Leitungen der Beamtenorganisationen, die sich zu einem deutschen Beamtenbund zusammengeschlossen haben, bereit, diesen Bund und ihre Organisationen auf den Boden gewerkschaftlicher Grundzüge zu stellen. Das soll geschehen durch die Aufnahme von Satzungen, in denen zur Erreichung ihrer wirtschaftlichen Zwecke von allen geeigneten Mitteln Gebrauch gemacht werden soll und organisatorische Einrichtungen zur Unterstützung der Mitglieder in vorstehenden Streitfällen getroffen werden sollen. Ferner soll auch die Solidarität mit der übrigen Arbeiterbewegung betont werden. Die Konferenz erklärt, daß, so bald die wirtschaftlichen Beamtenorganisationen sich im Sinne der dargelegten Grundzüge auf gewerkschaftlichen Boden stellen, die Gewerkschaft keine Ursache haben, diese gewerkschaftliche Entwicklung in Kreisen der Beamenschaft durch gewerkschaftliche Neugründungen zu fördern.

Eodann stimmte die Konferenz dem Anschluß des Volleibundes, des Reichsverbandes (7500 Mitglieder) und des Zentralverbandes der Schornsteinfegervereine, des Reichsverbandes der Arbeiter, an die Generalkommission zu, während der Anschluß des Bundes der Stallschweizer abgelehnt wurde. Dem Anschluß des Zentralverbandes der Film- und Kinoangestellten wurde grundsätzlich zugestimmt unter der Voraussetzung, daß die mit der Filmbildung nicht unmittelbar verbundenen Handlungsgeschäften und Musiker von diesem Verband nicht aufgenommen werden, daß ein Druck zum Lebertritt auf die ihren Berufsverbänden angehörenden Handwerker nicht ausgeübt, der Lebertritt ihnen aber freigestellt wird und daß eine Vereinbarung mit dem Verband der Lithographen hinsichtlich der in der Filmbildung beschäftigten Photographen erfolgt.

Zur Feier des 1. Mai soll die Generalkommission einen Aufruf erlassen.

Die Kosten der Arbeitsgemeinschaft sollen von den beiderseitigen Zentralstellen getragen werden.

Der Wunsch nach Kommunalisierung der Arbeitersekretariate soll auf einer gelegentlich des Gewerkschaftskongresses zu berufenden Konferenz der Arbeitersekretäre erörtert und dann dem Kongreß entsprechende Vorschläge gemacht werden. Der Anstellung eines Beamten für die Agitationskommission für Rheinland-Westfalen auf Kosten der Generalkommission wurde zugestimmt.

Die an der Arbeitsgemeinschaft der gewerblichen Arbeitgeber- und Arbeitnehmerverbände Deutschlands beteiligten Arbeitnehmerverbände haben sich auf die Aufstellung von Grundsätzen über Zusammenfassung, Leitung, Zweck und Mittel der Vereinigungen, die als Arbeitnehmervereinigungen gelten wollen, geeinigt. Diese Grundsätze wurden von der Konferenz in folgendem Wortlaut angenommen:

„Als Gewerkschaften können nur solche Arbeitnehmerorganisationen gelten, die in ihren Satzungen oder in ihrem Handeln die folgenden Regeln über Zusammenfassung, Leitung, Zweck und Mittel anerkennen: Zusammenfassung.

Eine Arbeitnehmergewerkschaft bzw. deren Sparten oder Sektionen soll bestehen aus den Arbeitnehmern des betreffenden oder verwandten Berufes, die ohne Unterschied des Geschlechts, Glaubensbekenntnisses und der Partei aufgenommen werden müssen. Arbeitgeber oder deren Vertreter dürfen dieser Arbeitnehmergewerkschaft nicht angehören. Ausnahmen sind nur dann zulässig, wenn es sich um bisherige Mitglieder der betreffenden Gewerkschaft handelt, die inzwischen Arbeitgeber oder Arbeitgebervertreter geworden sind und ihre Mitgliedschaft in der Arbeitnehmergewerkschaft nicht aufgeben wollen. Diesen außerordentlichen Mitgliedern darf weder Sitz noch Stimme in den leitenden, ständigen, beschließenden oder zentralen Instanzen der Arbeitnehmergewerkschaft zugestimmt werden. In Abstimmungen innerhalb der Ortsgruppe, der sie angehören, dürfen sie nicht teilnehmen. Arbeitgeber, die als solche aufgenommen wurden, müssen entfernt werden. Die Gewerkschaft muß den Grund der Gemeinamkeit der Arbeitnehmerinteressen gegenüber dem Unternehmerum und die daraus folgende Solidarität aller Arbeitnehmer anerkennen sowie diese Grundzüge auch sozialpolitisch betätigen.

**Leitung.**

Die Leitung der Arbeitnehmergewerkschaften liegt sowohl in der Hauptgeschäftsstelle wie auch in den Bezirks- und ständigen Organisationen in den Händen der Arbeitnehmer. Diese Leitungen werden von den Arbeitnehmern nach dem demokratischen Wahlverfahren gewählt.

**Zwecksetzung.**

Der Zweck einer Arbeitnehmergewerkschaft ist die Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen und die Erhebung der wirtschaftlichen, sozialen und rechtlichen Lage der Arbeitnehmer des betreffenden Berufes.

**Mittel zum Zweck.**

Zur Erreichung des Zweckes der Arbeitnehmergewerkschaft kommen in Betracht:

- a) Verhandlungen mit den Arbeitgebern oder ihren Organisationen über die Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen und den Abschluß von sozietären Lohn- und Arbeitsverträgen.
- b) Die Arbeitsunterbrechung (der Streik), wenn die Verhandlungen zu keinem annehmbareren Ergebnis führen.
- c) Die geistige und sachliche Ausbildung der Mitglieder.
- d) Rechtschutz und Unterstützungseinrichtungen.
- e) Sicherung der Arbeitnehmerrechte durch die Gesetzgebung.

Die finanziellen Mittel zur Durchführung des Zweckes der Arbeitnehmergewerkschaft sind durch Beiträge der Mitglieder aufzubringen.

Die Arbeitnehmergewerkschaft darf keine Anwendung materieller Art von Unternehmern oder Unternehmerorganisationen annehmen.

Diese Grundsätze gelten sinngemäß auch für die Arbeitervereinigungen der Beamten, Angestellten und Arbeiter staatlicher und kommunaler Betriebe.

Den zweiten Teil des Berichts der Generalkommission bildete ein Referat Beglücks über Verhandlungen mit der Regierung und der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion, die die geplante Aufrechterhaltung der Arbeiterräte und ihre Einsetzung in die Gesetzgebung zum Gegenstand hatten. Danach sollen die Arbeiterräte als wirtschaftliche Interessensvertretungen anerkannt und in der Verfassung verankert werden. Es sollen Betriebs-, Arbeiter- und Angestelltenräte zur Mitwirkung bei der Regelung der Arbeitsverhältnisse geschaffen werden, weiter Bezirksräte und ein Zentralrat zur Mitwirkung bei der Sozialisierung. Legien bezeichnet diese Lösung als eine Enttäuschung der Arbeiter, die von den Mägen politische Aufgaben erwarten und als nachteilig für das Wirken der Gewerkschaften und der Arbeitsgemeinschaften. Da auch in der Generalkommission in dieser Frage eine einheitliche Auffassung nicht bestehe, empfahl Legien, aus der Konferenz eine einseitlich zusammengesetzte Kommission zu wählen, die der Reichsregierung gegenüber den Standpunkt der Gewerkschaften zum Ausdruck zu bringen habe. Im Verlauf der Debatte, in der sowohl Redner für als auch solche gegen das Räteystem zum Wort kamen, machte Siebel den Vorschlag, eine Studienkommission einzusetzen, die die organisatorischen Wirkungen des Räteystems prüfen und geeignete Vorschläge machen sollte. Leipart war der Meinung, daß die Prüfung dieser Frage ohnehin zu den Aufgaben der von der vorigen Vorhandlungskommission eingesetzten Verfassungskommission gehöre. In den weiteren Erörterungen riet ein Redner, den lokalen Arbeiterräten neben ihren weitergehenden Aufgaben jenen die der Gewerkschaftsarbeit zu übertragen, während Hanfson sich eingehend über den Charakter und die Wirksamkeit der Arbeiterräte in Rußland verbreitete und nachwies, daß diese nichts anderes als Organe der Diktatur des Proletariats sein wollen und sein können. Wir haben zu wählen zwischen Parlamentarismus und Räteystem, zwischen Demokratie und Diktatur. Die Konferenz kam zu dem Ergebnis, der Verfassungskommission die Vorberatung der Rätefrage zu übertragen, die für die nächste Vorhandlungskommission geeignete Vorschläge machen soll.

Ueber eine Resolution des Vertreters der Rürchner, die gegen die Verhängung des Belagerungszustandes im Ruhrgebiet und Stuttgart sowie gegen die Einschränkung des heiligsten Rechts der Revolution protestiert, ging die Konferenz zur Tagesordnung über.

**Ein zutreffendes Stimmungsbild**

malte jüngst die „Dachdecker-Zeitung“ in einem „Links, links, links!“ betitelten Artikel von der Anschauung weiter Arbeiterkreise über die jetzigen Zustände in Deutschland, das wir unseren Mitgliedern nicht vorenthalten wollen, da es sich in seinen wesentlichsten Teilen mit unserer Auffassung deckt. Unsere Artikelserie „Neuorientierung der Gewerkschaften“ entspringt den gleichen Gedankengängen, wenn auch der Ton in ihr etwas weniger drastisch abgestimmt ist. Die „Dachdecker-Zeitung“ schreibt:

„In diesen Tagen möchte man oft von zu Hause fortlaufen, um den Herrschaften in Weimar und Berlin einzuhauchen. Zum Fenster noch mal! Im Land ist alles in Aufruhr, überall schlagen die bran-

denden Bogen gegen das Afer und reissen die Dämme ein — in Weimar aber streiten sich Unabhangige und Wehrheitssozialisten über verflorene Dinge. Die Fabriken stellen die Arbeit ein, Personen- und Güterzüge stoppen, ganz Mitteldeutschland hält den Atem an — in Weimar streiten sich derweilen Rechts- und Linkssozialisten über das, was im Januar geschehen ist.

Ja, soll denn das alte Geschwätz so weiter gehen? Haben wir deshalb die Revolution gemacht, um im alten Schlandrian fortzuwurseln? Nein und tausendmal nein! Wir bedanken uns dafür, anstatt schwarz-weiß-rote schwarz-rot-goldene Geheimratsreden und Leichwidrigungen anzuhören. Ist denn nicht ein einziger geistig lieberregender da, der imstande wäre, die Nationalversammlung nach links zu führen? Sehen denn die Vertreter der Wehrheit nicht ein, daß wenn sie nicht selbst sofort nach links gehen, sie in Kürze hinübergerängt werden? Soll es denn so weiter gehen, daß alles immer zwei Wochen zu spät geschieht, daß die Wehrheit und die Regierung sich immer erst abringen lassen, was sie acht Tage früher mit viel größerem Erfolge hätten freiwillig tun sollen? Muß denn das Volk immer das Gefühl haben: nun kommen die Maßnahmen zu spät!

Schon Anfang Februar hat unser Zentralvorstand auf der Vorhandlungskommission vorgeschlagen, das Räteystem zu pflegen, das Gute, was an ihm ist, für das Wirtschaftsleben nutzbar zu machen. Damals, also vor 6 Wochen, hätte ein solches Entgegenkommen Wunder gewirkt. Auch in der Sozialisierung mußte schon vor Wochen etwas geschehen. Aber in Weimar hatten sie Nichts zu tun: es mußte der Streit zwischen Unabhangigen und Wehrheitslern fortgeführt werden. Die Geschichte wird vor diesen Dingen einmal staunend stehen und die Unfähigkeit unzerer Zeitgenossen bewundern.

Die Regierung will ja nun einen Teil unserer Wünsche erfüllen und hat, wie bekanntgegeben wird, das Sozialisierungsprogramm vorgelegt. Aber warum so spät? Warum mußte erst der Streit in Mitteldeutschland und Berlin und andere Maßnahmen der Arbeiterschaft sie dazu zwingen?

Was zeigt uns Weimar? Daß die politische Demokratie allein nicht ausreicht. Wir fühlen es: der soziale Inhalt des Lebens kann so nicht umgestaltet werden; der Umweg über die politische Demokratie ist zu groß. Die Form der Gesetzgebung hat sich zwar geändert, aber die Verwaltung ist die gleiche geblieben, ebenso der rüchthändige Geist der Bureaucratie. Die Herrschaft des Geheimrates ist sogar größer geworden; man merkt nirgends etwas von hohen, freien Willen. Es dauert alles zu lange. Das Volk liegt im Fieber, die Welt kreucht in Schmerzen und windet sich in Krämpfen, jeder sucht und flucht in der Verzweiflung nach einem Ausweg. Inzwischen schimpfen sich in Weimar Abhängige und Unabhangige. Zum Teufel noch mal, ist das Revolution? Ist das der neue Geist? Ist das die Hoffnung des Proletariats? Wir danken dafür, wir pfeifen auf die ganze schwabende Gesellschaft.

Es ist ein bedauerliches Verhängnis, daß zwar eine Revolution, aber keine geistige Umwälzung stattfand. Wir sind ohne geistige Ziele, der hohe Schwung fehlt. Man glaubt, es fürchte sich einer vor dem anderen. Möge doch recht bald wenigstens ein Mensch in Weimar das erlösende Wort sprechen. Möge er aufstehen, mit der Faust auf den Tisch schlagen, die Fenster aufreißen und etwas von der frischen Thüringer Luft in die Versammlung lassen.

Nach links müssen wir, sonst cast das Volk über uns hinweg! Hört endlich mit diesen ewigen Vorwärts- und Warnungsrufen auf, sangt an, wirkliche Arbeit zu leisten, von der das Volk sieht, es ist Revolutionsarbeit! Bis jetzt verrichtete man nur schlechteren, ängstliche Flickerei. Wir wollen gewiß nicht alles über den Haufen stürzen; aber es muß die Sozialisierung in Angriff genommen und den Arbeiter- und Betriebsräten fester Boden unter die Füße gegeben werden. Begreift doch endlich, endlich den Geist der Zeit!

Auch das „Correspondenzblatt“ der Generalkommission zitiert den Artikel, es läßt jedoch merkwürdigerweise — und u. A. nach sehr zu Unrecht — den 3. und 4., sowie die beiden letzten Absätze aus, die vom Räteystem und der Sozialisierungsfrage handeln.

**An die Heimkehrer!**

Wer von uns Heimkehrer hat nicht fast täglich und stündlich den Tag ersehnt, an dem er heimkehrt zu seinen Lieben, einerlei, ob er im Schützengraben, in der Etappe oder in der Garnison sich befand. Welch bitteres Empfinden, wenn man durch ein todbringendes Element oder durch dienstliche Ob-

Liegenheiten in diesen Augenblicken gestört und sich wieder der vorhandenen Tatsächlichkeit anpassend mechanisch und willenlos verwenden lassen möchte in der Maschinenwelt des Militarismus. Der Zusammenbruch kam und gleichzeitig ist die Kasse, die dieses Völkermorden schon längst erschüttert hatte, zum Teufel gejagt worden. Die, die uns die Stirn boten und unsern Mut zu einfachen Versuchten, um den Zusammenbruch länger hinauszuschieben zu können, sind geschnitten. Nichts von Mut und Deutlichkeit bis zum letzten Untertanen. Feigste Flucht bei Nacht und Nebel war die Lösung.

Viele von unseren Kameraden haben wir Heimgekehrten oft auf die entscheidliche Weise sterben sehen müssen. Selbst sind wir teils krank oder verstümmelt zurückgekommen, jeder spürt am eigenen Körper die Kriegsjahre. Uns zu Ehren haben die Dabeingeblichen allerorts würdige Begräbnisfeiern veranstaltet und uns ein herzlich willkommen zu sagen. Aber uns haben sie auch aufgefordert, wieder Schulter an Schulter in unserem Verbande mit vereinten Kräften, genau wie vor dem Kriege, unsere wirtschaftlichen Verhältnisse zu verbessern. Den Dabeingeblichen haben wir es zu verbanden, daß das Organisationsgeschäft, unser Buchbinderverband, nicht untergegangen, auch wenn wir nicht allerorts uns damit emmernden und aufzulebenden erklären können mit dem, was wir jetzt im Beruf angetroffen haben. Hier sei daran erinnert, daß wir im Beruf nicht Schritt gehalten haben, was unsere Lohnfrage anbetrifft. Wenn die erschwerten Umstände während des Krieges auch sichtbar genug sind, so hätte es der Kollegenchaft bei etwas mehr Energie mancherorts gehen müssen und können, auch mehr herauszuschlagen. Wir brauchen nur den Berliner Schiedsspruch in die Hand zu nehmen, welcher kolossaler Unterschied bei den Einstellungslohnern da zu erkennen ist.

Jetzt heißt es für uns Heimgekehrte, uns in die Reihen des Verbandes wieder einzufügen und tatkräftig mitzuarbeiten. Unseren eigenen Familien, die wir bei Entbehrungen aller Art zurücklassen müssen, sind wir es schuldig, uns zu organisieren, damit wir kräftig genug werden, um unseren Angehörigen ein menschenwürdiges Dasein bieten zu können. Darum, ein jeder Kollege, der sich bis heute nicht zurückgemeldet hat in unseren Verband, hole das Veräumte schleunigst nach. Lassen wir uns nicht durch eine Handvoll fanatischer und mit keinem Funken Verantwortungsfähigkeit gepimpter Elemente irreführen, die uns als Arbeitsbrüder weismachen, daß wir zur Erlangung günstiger Lohn- und Arbeitsbedingungen unsere Gewerkschaften nicht mehr brauchen, die uns erklären wollen, daß die Gewerkschaften mit ihren Führern ein Gemeinlich für das notleidende Proletariat seien. Im Soldatenrock ist uns unser gesundes Denkfähigkeit mächtig genug tyrannisiert worden. Mit elementarer Wucht regt sich auch bei uns Heimgekehrten in der Brust das bis dato schlummernde Machtgefühl des Proletariats. Lassen wir uns in unserem Heißhorm aber nicht einfangen von solchen systematischen Irreführern. Wir, die wir am meisten zu leiden hatten als Kriegsteilnehmer und als krank oder verstümmelt teils der eigenen Familie zur Last liegen müssen und noch täglich die zugezogenen körperlichen Schäden verspüren können, müssen unsere ganze Geistesstärke verwenden und zur Erkenntnis kommen, daß wir die Errungenschaften des 9. November erhalten. Ebenso zu der Erkenntnis, daß nur die Gewerkschaft einzig und allein uns das bringen kann, was wir in wirtschaftlicher Beziehung erziehen. Der Kapitalismus frohlockt über den Bruderkampf der Proletarier und hat die Hoffnung, nach erfolgter eigener Zerfleischung des Proletariats die Oberhand wieder zu gewinnen. Geben wir uns nicht dazu her, lassen wir nicht parteipolitische Motive in unserem Verband die Oberhand gewinnen. Geben wir gerade durch, genau wie vor dem Kriege.

Unser Schaden war es nicht, organisiert zu sein. Diejenigen, die uns jetzt davon abhalten wollen, fragt sie einmal, ob sie überhaupt schon organisiert waren. Treten wir Heimgekehrte resülos in die Reihen des Verbandes wieder ein und feuern mit Wolltampf das Organisationsgeschäft dem Ziele zu, das wir jahrzehntlang schon erleben. Uns zur Ehre und allen zu Nutze. Wir haben es ja selbst mit in der Hand. Nicht phrasenhafte Großmütigkeit und Putschpolitik, die die Zerpflückerung der Arbeiterkraft künstlich erzeugen will, sondern geschlossenes Dastehen in unserem Verband sei unser Kamerad. Schulter an Schulter mit der übrigen Kollegenchaft, genau wie vor dem Kriege, und der Erfolg ist uns sicher. Handeln wir so, müssen wir uns selbst und der gesamten Kollegenchaft.

Stuttgart.

L. Gg.

### Zur Einberufung eines Verbandstages.

Mit dieser Frage beschäftigt sich Kollege Gabel, Berlin in Nr. 15 unseres Verbandsorgans und er kommt zu dem Resultat, daß noch vor dem Gewerkschaftskongress in Nürnberg ein Verbandstag stattfinden muß. Zweifellos ist notwendig, in möglichst kurzer Zeit unsere Vertrauensleute zu einem Verbandstage zusammenzurufen. Die welterschütternden Ereignisse der Revolution greifen tief ein in den Wirkungsbereich der Gewerkschaften. Wir haben uns ernstlich die Frage vorzulegen, ob es richtig ist, im Verborgenen die Geschicke der Gegenwart an uns vorübergehen zu lassen. Auch ich gestehe ganz offen, daß ich die passive Haltung der Gewerkschaften nicht für richtig halte. Manches, was für die Vergangenheit notwendig war, wird preisgegeben und anderes wird neu geschaffen und ausgegaut werden müssen.

Ich will auch Gabel bis zu einem gewissen Punkte beipflichten, daß wir unsere neutrale Stellung revidieren. Die Gewerkschaften haben ja nie ganz der Politik entzogen können, im Gegenteil haben wir auf dem Boden der Sozialpolitik stets unseren Mann gestanden. So überzeugt ich auch als Sozialist bin, so muß ich doch betonen, daß wir uns als Gewerkschaftler hüten müssen, uns zu tief in die Parteipolitik einzulassen. Die freien Gewerkschaften, das sage ich offen und habe es auch schon früher im Verbandsorgan vertreten, sind in ihrem innersten Wesen sozialistische Organisationen. Aber der hat eine enge Auffassung vom Sozialismus, der nur in den offiziellen sozialistischen Parteien den Sozialismus sucht. Nein, der sozialistische Gedanke ist wie Kaustik in seinen Vorläufen nachweisbar, ein Produkt laufendjähriger Entwicklung, er ist nicht fix und fertig wie die Pallas Athene aus dem Haupt des Göttervaters entspringen. Eine jede Organisation, die auf dem Fundament der gegenseitigen Hilfe aufgebaut ist, ist in ihrer Konsequenz sozialistisch. Mancher, der der Sozialdemokratie fremd gegenübersteht, ist in Wirklichkeit schon mit Wolltampf im sozialistischen Fahrwasser. Und selbst wenn der sozialistische Gedanke noch unreif und oftmals unbenutzt seiner Klärung entgegensteht, so kann diese Gefinnung doch durchaus ehrenhaft sein. Diese Reife gilt es zu gewinnen. Der Sozialismus ist nicht nur eine politische, sondern sogar in noch höherem Maße eine soziale, wirtschaftliche und ethische Weltanschauung. Deshalb sollen wir uns innerhalb der Gewerkschaften des Parteigegensatzes enthalten und nur eine allgemeine sozialistische Politik, soweit sie in unseren Rahmen gehört, propagieren.

Ich kann mich nicht an den Angriffen gegen unsere Gewerkschaftsführer beteiligen. Ich habe die Ueberzeugung, daß Verbandsvorstand und Angestellte das Beste geleistet haben. Man kann gewiß über das Diffidendum geteilter Meinung sein. Aber anerkannt muß werden, daß die Beteiligung und Anteilnahme der Gewerkschaften verhütet haben, daß dieses Gesetz, das in normalen Zeiten bekämpft werden mußte, in den Zeiten des Belagerungszustandes zu einem Ausnahmegesetz im schlimmsten Sinne des Wortes geworden ist. Die fruchtbare Tätigkeit der Gewerkschaften auf dem Boden der Feuerungsanlagen und die nicht erlahmende Tätigkeit auf dem Boden der Kriegsfürsorge hat den drohenden Zusammenbruch der Gewerkschaften verhindert. Das Fundament ist unerschütterlich, das beweist die herrliche Entfaltung auch unseres Verbandes. Es kann und soll nicht damit gesagt sein, daß die Mitglieder alles tritillos dahinsinken sollen. Das wäre ja ein Zustand elender Käule. Im Gegenteil, durch fruchtbare und sachliche Kritik muß das Neue geboren werden.

Aber gerade aus diesen Ermüdungen heraus muß ich mich dagegen wenden, den Verbandstag vor dem Gewerkschaftskongress einzuberufen. Unser Verband ist ein Glied in der Kette der Gewerkschaftsbewegung und gerade die neuen Probleme müssen von der Gewerkschaftszentrale einheitlich geregelt werden. Der Verband muß Hand in Hand mit der Gesamtheit gehen. Wer es für seine Pflicht hält und die Fähigkeit in sich fühlt, dem Gewerkschaftsgedanken die neuen Bahnen zu weisen, der soll die Zeit nützen durch Wort und Schrift auf den Gang des Kongresses einzuwirken. Und da wäre es Zeit, unsere Haltung auf ihren normalen Stand zu vergrößern. In dieser tiefbewegten Zeit, wo brave Arbeiter mit ihrem Leben einstehen, da ist es ein Lichtblick und ein Trost für die alten Verbandsmittelglieder, wenn sie sehen, daß Tausende, ja Millionen den Gewerkschaften zufließen. Da ist es nicht mehr an der Zeit, die verklärteste Form aufrechtzuerhalten.

Im Gegenteil, sobald als möglich muß die Gewerkschaftspresse erweitert werden angesichts der ungeheuren Bedeutung, die die Gewerkschaften in der neuen Zeit haben. Ein Verbandstag könnte Beschlüsse fassen, die durch die höhere Instanz, welche

meines Erachtens der Gewerkschaftskongress sein muß, wieder illusorisch gemacht werden können. Es würde schließlich ein außerordentlicher Verbandstag notwendig sein und das würde mit Verbandsgeheimen nicht sorgfältig umgegangen sein.

Was man das Wichtigste ist, mit dem sich Gewerkschaftskongress und Verbandstag befassen müssen, das ist die Stellung zu den Arbeiterräten. Ich gebe zu, daß die Meinungen darüber sehr weit auseinander gehen, und will versuchen, meine Stellung hierzu zu äußern. Seit Jahrzehnten kämpfen wir für Arbeiterschutz und Arbeiterausbildung für ein Reichsarbeitsamt und ein Reichswirtschaftsamt. Wir haben es bekämpft, daß der Arbeiter, der durch Not oder in der Erregung vielleicht auch im Kampf innerhalb der Arbeiterbewegung in die Mägen der Justiz geraten ist, von Klassenrichtern abgeurteilt wurde. Woblan denn, die Arbeiterräte werden die Institution sein, welche nicht mitberaten, nein mitbestimmend wirken müssen. Gewiß sind manche Bedenken, weil für solche Institute eine gewisse Dezentralisation nötig ist. Man fürchtet ein gewisses Schwenden des Einflusses der Verbandsvorstände. Aber dem ist entgegenzuhalten, daß diese notwendige Dezentralisation in den Gewerkschaftskartellen schon besteht. In den Gewerkschaftskartellen und Arbeitersekretariaten sind bereits die Keime zu einem geordneten Aufbau der Arbeiterräte gegeben. Viele stoßen sich an dem bloßen Wort Rat. Dieses Wort ist ja gleichbedeutend mit Ausschuss oder Kommission. In Nr. 7 des „Bureauangelegten“ empfiehlt der Genosse Aufhäuser die gewerkschaftliche Zwangsorganisation. Er geht von dem Gedanken aus, daß die Arbeiter- und Angestelltenräte alle Arbeiter umfassen müssen, während die Gewerkschaften nur einen Teil erfassen. Der Gedanke ist neu und entspricht der Größe unserer Zeit. Wir haben Zwangsversicherungen und Zwangsinnungen und andere Zwangsinstitutionen. Warum sollte der Gedanke falsch sein, daß die Gewerkschaft nicht auch gesetzliche Pflicht wird? Natürlich muß der Terror ausgeschlossen sein, auch die außerhalb unserer Reihen lebenden Gewerkschaften, soweit sie als solche aufzutreten sind, sollen Zwangsorganisationen werden.

Ich sympathisiere sogar mit dem Gedanken, daß der zu schaffende Bund der Gewerkschaften die Tendenz haben muß, sich über den Rahmen der sogenannten freien Gewerkschaften hinaus auszubehnen, um die Einheit der Gewerkschaften anzustreben. Die Gewerkschaften mit ihren zuständigen Ministerien, das Reichsarbeitsamt, das Reichswirtschaftsamt und das Reichsberufungsamt und mit den notwendigen Vindikatoren der Arbeiter- und Angestelltenräte werden der Fels sein, auf welchem die Kirche der Zukunft aufgebaut wird.

Noch andere wichtige Arbeiten harren des Verbandstages: der Ausbau der inneren Organisation, die weitere Anstellung von Verbandsbeamten, aber ich glaube beweisen zu haben, daß der Verbandstag erst nach dem Gewerkschaftskongress abgehalten werden kann. Prüfen wir alles, lassen wir die Differenzen, die leider in den politischen Anschauungen bestehen, zurücktreten. Die Arbeiterschaft muß sich und wird sich wiederfinden.

Offenbach.

Ernst Gabel.

### Wir Mitlieder.

Das Interesse der Organisation fordert die Mitarbeit der Kollegen und Kolleginnen an unserm Organ, der „Buchbinder-Zeltung“. Dies ist, besonders in letzter Zeit, in kaum nennenswerter Weise geschehen. Ob es Apathie oder bemußte Abneigung gegenüber der Verbandsleitung und einer auf dem nationalsozialistischen Boden stehenden Abaktionsführung ist, will ich für heute nicht untersuchen. Erklärlich ist es aber, grundsätzlich abgeneigt zu sein, sich der Genur des Vertretungsredakteurs Muth zu unterwerfen, der in nicht schöner Art gegenüber den Mitgliedern und Hauswirtschaftlicher Vergebung während des Krieges das Aushereite leistete. Schon längst hätte die Frage aufgeworfen werden müssen, ob es vereinbar ist, Zentralvorständen einer freien Gewerkschaft — der in dieser Eigenschaft zugleich internationaler Sekretär der Buchbinderverbände ist — und zugleich Mitarbeiter einer konservativ-alldeutschen Zeitung, wie der „Täglichen Rundschau“ zu sein. Die Frage stellen, heißt sie beantworten und diesen Dualismus als den Interessen des internationalen Proletariats entgegenstehend abzulehnen. Es ist dieses „Vorankürmen“ eines Führers der Arbeiter als Symptom dafür zu bewerten, wo zu guter Letzt und in welcher Weise auch die nationalen Interessen des deutschen Arbeiters schließlich verstanden werden. Dieser abschüssigen Bahn, die in den Kriegsjahren eine schier unglaubliche Senkung erfahren, gilt es entgegenzuwirken. Die Opposition der Mitglieder gegen die Gewerkschaftspolitik, die sich in mehreren Bahnhöfen unserer

Verbandes gegen die zentrale wie lokale Zeitung regte, gilt es in unserem Organ zu fördern und zu vertiefen. Kollege Gabel machte in Nr. 16 den Anfang mit der Forderung der Einberufung des Verbandstages. Die Redaktionsanmerkung zu diesem Artikel erweitert mit dem: „Die Zuschrift des Kollegen Gabel haben wir voll zum Abdruck gebracht, müssen dazu jedoch bemerken...“ den Eindruck, als ob mit besonderer Großmut die Redaktion die Zuschrift ohne Streichungen gebracht habe. (P. D. M.) Wir Mitglieder erwarten jedoch, daß Einwendungen, wie die genannte, ohne weiteres zum Abdruck kommen.

Die Forderung des Koll. Gabel auf Einberufung eines Verbandstages und die weiteren von ihm angelegenen Fragen rufen eine Diskussion seitens der Mitglieder hervor. Sie erscheinen aber auch eine Stellungnahme seitens der Verbandsleitung und können nicht mit einer kurzen Redaktionsanmerkung abgetan werden, die blind und hilflos wartend, „die derzeitige noch äußerst unsichere politische und wirtschaftliche Lage“ erst verteidigen lassen will und sich mit dieser spießbürgerlich-traditionellen Auffassung begnügt sieht durch eine Gausleiterkonferenz, an der nicht nur Verbandsangestellte teilgenommen hätten. (Neben 12 Verbandsangestellten nahmen 8 noch im Beruf tätige Kollegen teil, sowie zwei, die in anderen Stellungen tätig sind.)

Das Wesen des Rätesystems, das Wirken und die Aussichten der Arbeitsgemeinschaft, der verflorenen politische Generalstreik und seine Lehre für die Folge, die Stellungnahme zur Politik der Berliner Gewerkschaftskommission und der Generalkommission, nicht zuletzt unsere internationale Orientierung, verlangen eine Aussprache und schnellste Regelung auf dem Verbandstage.

Gegenüber den sich jetzt sicher mehrenden Einwendungen wäre es wünschbar, unsere „Buchbinder-Zeitung“, wie früher, wiederum achtfach herauszugeben.

Die Mitglieder als proletarische Glieder wollen aufbauen, aus dem als Folge des verbrecherischen Krieges verarmten und zertrümmerten alten Deutschland ein neues Deutschland erbaue und als deren Folge eine wohlhabendere und bessere Welt erbauen sehen. Hierzu wollen wir mitwirken und darauf unsere „Buchbinder-Zeitung“ — als Aufklärungs- und Bildungsorgan der Verbandstätigen — einer kritischen Würdigung unterziehen. Eine kleine Auswahl von Artikeln und Notizen aus den letzten Nummern unseres Blattes will ich nennen die wohl im Reich der Reiz des Unlernens, doch ganz und gar nicht den Forderungen dieser großen Zeit des Proletariats entsprechend geschrieben sind: „Im Zeichen des Aufbaues“ in Nr. 6; „Konferenzbericht der Verbandsvorstände“ in Nr. 8; „Die Berner internationale Gewerkschaftskonferenz“ in Nr. 10. Und wollen wir weiter so geduldig Wartende sein, wie „Der Anfang zu praktischer Arbeit“ in Nr. 11 uns anrät? Auch die „Neuorientierung der Gewerkschaften“ wird der Unzufriedenheit der Arbeiterschaft kaum gerecht. Wetteifern wir darin, gegen diese geistige Nahrungsfälschung uns zu wehren.

Die gegenwärtige revolutionäre Periode ist die Periode der Tat, es ist die große Zeit des Proletariats. Handeln wir und seien wir unermüdetlich.  
Berlin. Peter Kaspar.

**Ruf zum Verbandstag!**

In Nr. 15 der „Buchbinder-Zeitung“ beschäftigt sich Kollege Gabel-Berlin mit der Frage der Einberufung eines Verbandstages. Er kommt dabei nach einer abspredenden Kritik der bisherigen Verbandspolitik auf dem Schluss, daß es notwendig sei, die sofortige Einberufung eines Verbandstages spätestens im Monat Mai, also noch vor dem Gewerkschaftskongress, in die Wege zu leiten. Dazu möchte ich einiges bemerken, wenn schon auch ich mit der Forderung noch schneller Einberufung des Verbandstages durchaus einverstanden bin. Kollege Gabel hat den § 67 Abs. 1 des Verbandsstatuts als Motto gewählt, dabei aber die Absätze 3 und 4 derselben Paragraphen unberücksichtigt gelassen, aus denen hervorgeht, daß man die Einberufung eines Verbandstages nicht Gals über Kopf in Angriff nehmen kann, sondern dabei an gewisse Fristen gebunden ist, von denen ich auch in Zukunft nicht abgehen möchte, bieweil es auch heute noch absolut notwendig ist, daß vor dem Verbandstage die Mitglieder ausreichende Gelegenheit haben, sich eingehend mit denselben und insbesondere mit den gestellten Anträgen zu beschäftigen. Mit Rücksicht darauf wird man sich wohl damit zufrieden geben müssen, wenn der Verbandstag für Ende Juli oder Anfang August einberufen wird. Dabei muß natürlich vorausgesetzt werden, daß sich der Abhaltung eines Verbandstages keine unüberwindlichen Schwierigkeiten entgegenstellen, wie das in unseren bewegten Zeiten doch sehr leicht möglich ist.

Im Hinblick darauf hat ja sicher auch die Gausleiterkonferenz, die Ende Januar in Leipzig tagte, sich auf dem Standpunkt gestellt, bis zur Abhaltung des Verbandstages noch einige Zeit verteidigen zu lassen. So unangenehm es nun auch ist, daß man, nachdem der letzte Verbandstag 1913 stattgefunden hat, noch immer mit der Einberufung eines neuen Verbandstages zögern muß, wird man aber doch zugeben müssen, daß in der Begründung für die Verzögerung ein berechtigter Kern steckt. Verbandstage oder Generalversammlungen sind eben nicht nur sehr notwendige, sondern auch sehr kostspielige Einrichtungen der Gewerkschaftsorganisationen, deren Abhaltung deshalb auch einigermaßen gesichert erscheinen muß, bevor man dazu kommt, sie Gals über Kopf einzuberufen. Das mögen auch unsere Gausleiter bedacht haben, als sie zu dieser Frage Stellung genommen haben. Und unsere Gausleiter sind doch schließlich Leute, die nicht seit heute und gestern im Interesse des Verbandes tätig sind, sondern über eine gewisse Erfahrung verfügen, die sie sich durch eine langjährige Tätigkeit im Verbandsleben aneignen konnten.

Nun will es mir allerdings erscheinen, als ob es heute Leute gebe, bei denen die beste Sache der Welt in Mißkredit gebracht werden kann, wenn sie von den angelegten Leitern unserer Organisation ausgeht, und deshalb möchte ich daran erinnern, daß die besoldeten Beamten des Verbandes erst ange stellt worden sind, nachdem sie lange Jahre ihre Arbeitskraft ehrenamtlich zur Verfügung gestellt hatten und in Zeiten, in denen es ungemein schwerer war, die Interessen der Kollegen und Kolleginnen zu vertreten, denn heute. Ich schließe mich aber dem Wunsche auf schnellste Einberufung eines Verbandstages durchaus an, kann aber dabei nicht unterlassen, die beruflichen Instanzen darauf hinzuweisen, daß sie trotz aller dieser Wünsche die Pflicht haben, vor der Einberufung noch diesem Wissen und Gewissen zu prüfen, ob die Möglichkeit des ungehinderten Zusammentritts unseres Parlamentes gegeben erscheint.

Im allgemeinen stelle ich mich auf den Standpunkt, daß die Leiter unserer Organisation nach besten Kräften befreit gewesen sind, die Interessen der Kollegen und Kolleginnen zu wahren, und zwar unter Beachtung der Beschlüsse unserer Verbandstage. Dabei will ich indes nicht unterlassen, darauf zu verweisen, daß es auch mir nicht unlieb gewesen sein würde, wenn manche Entgleisung während der unheilvollen Kriegsjahre unterblieben wäre.

Damit will ich zunächst kein abschließendes Urteil abgeben. Ich habe den Dingen zu lange fern gestanden und hatte keine Gelegenheit auf dem laufenden zu bleiben. Solange ich aber der Entwicklung der Verhältnisse wieder zu folgen vermochte, habe ich Einwendungen gegen die Tätigkeit des Verbandsvorstandes und der Redaktion der „Buchbinder-Zeitung“ nicht zu machen gehabt. Ich habe vielmehr den Eindruck, daß unsere beruflichen Instanzen ihren Pflichten in vollem Maße gerecht zu werden bestrebt gewesen sind. Jedenfalls zeigen die Erfolge in bezug auf Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen und der Mitgliederzunahme, daß man dem Gebot der Stunde Rechnung zu tragen verstanden hat. Es ist vorwärts gegangen, doch bleibt noch viel zu tun übrig. Ich bin mit der Verbesserung der Löhne für die in unseren Berufen tätigen Gehilfen und Arbeiterinnen noch lange nicht zufrieden. Es muß mehr in dieser Beziehung geschehen und es wird mehr geschehen, je mehr sich die Kollegen und Kolleginnen daran erinnern, daß auch sie nicht nur Rechte haben, sondern auch Pflichten erfüllen müssen.

Als besonderes Verdienst möchte ich namentlich der Redaktion der „Buchbinder-Zeitung“ ansprechen, daß sie sich im Geiste der politischen Meinungen unserer Tage eine gewisse Reserve auferlegt hat. Sie ist bestrebt gewesen, den Verband als neutralen Boden zu betrachten, hat aber selbst damit den Unmut einzelner Verbandsmitglieder erregt. Dieselben stellen sich auf den Standpunkt, daß zur Durchführung möglichst günstiger Lohn- und Arbeitsbedingungen ein politisch aufgeklärtes Proletariat vorhanden sein muß und wünschen, daß die „Buchbinder-Zeitung“ dies stärker zum Ausdruck bringt und im Sinne einer solchen Aufklärung geleitet wird. Das sind im Grunde genommen Selbstverständlichkeiten, wegen denen wir nicht zu streiten brauchen, wenn des Rubels Kern nicht darin liegen würde, daß den in diesem Sinne tätigen Kollegen an einer allgemeinen politischen Aufklärung gar nichts gelegen ist, die vielmehr politische Aufklärung erst dann als gegeben ansehen, wenn sie im Sinne einer bestimmten Parteierrichtung bzw. Parteischattierung erfolgt. Es ist das Verdienst der Redaktion, daß sie sich nicht zu solchen „politischen Aufklärung“ mißbrauchen ließ. Wenn hätte sie es auch recht machen sollen? Soll sie im Sinne der Mehrheit oder in dem der Minderheit schreiben? Soll sie kommunistisch oder spartakistisch

aufflären? Soll sie dem Rätesystem das Wort reden oder sich gegen dasselbe wenden? Sie mag tun und lassen, was sie will, sie wird immer damit rechnen dürfen, daß man ihr nachjagt, sie arbeite nicht im Sinne des Geistes unserer Zeit.

Was ist denn nun eigentlich der Geist unserer Zeit? Zunächst nichts als ein Schlagwort, das jedermann anwenden und in seinem Sinne auslegen kann, mag er einer Parteigruppe angehören, welcher er will. Die Redaktion hat sich den Beschlüssen unserer Verbandstage unterzuordnen und das ist meines Erachtens geschehen, und wird auch weiter geschehen müssen, bis der Redaktion neue Richtlinien durch auf demokratischer Grundlage beruhende Beschlüsse vorgezeichnet werden.

Wie stehen denn nun eigentlich die Dinge im politischen Leben Deutschlands? Die deutsche Republik ist im Besitze des freiesten Wahlrechts der Welt. Das deutsche Volk hat sich mit überwiegender Mehrheit auf den Boden der Demokratie gestellt. Damit ist indessen nicht gesagt, daß es anders Denkenden verwehrt sein soll, für ihre Ideen Propaganda zu machen. Wenn jemand glaubt, für das Rätesystem eintreten zu müssen, so soll ihm das unbenommen sein. Durch Rede und Gegenrede klären sich die Meinungen, führen zu gegenseitigem Verstehen und können schließlich auch Beschlüsse zeitigt werden, die im Interesse der Gesamtheit liegen. Ich kann mich ja nun zunächst nicht für das Rätesystem begeistern und erhalte in ihm eine ständige Diktatur und diese ist mir verhasst, wie mir die der alten Regierung verhasst gewesen ist. Eine ständige Diktatur kann sich auf die Dauer nicht halten und wird letzten Endes dazu führen, daß die Erfolge der Revolution in Gefahr gebracht werden und schließlich verloren gehen. Und wenn alles am Boden liegt, dann wird auch die irreguläre Arbeiterschaft zur Demokratie zurückkehren wollen. Dann kann es allerdings zu spät sein! Wenn sich die Majorität des Volkes für das Rätesystem erklärt, dann will auch ich mich ihm gern unterordnen. Dann hat die Stimme des Volkes gesprochen. Vorsicht! Ich aber auf dem Standpunkte, daß mit dem Rätesystem allen den Lehren ins Gesicht geschlagen wird, mit denen die Massen des Volkes für den Sozialismus gewonnen worden sind. In dieser schweren Krise, die unser Wirtschaftsleben durchmacht, kann mit dem Rätesystem nicht experimentiert werden. Dazu sind die Zeiten zu ernst. Es steht zuviel für die Arbeiterschaft auf dem Spiele.

Im diesem Sinne haben die beruflichen Leiter der Organisation ihre Tätigkeit auszuüben, ohne daß sie damit ein Recht erhalten, andere Anschauungen zu unterdrücken. Das Recht der freien Meinungsäußerung darf niemand beschneiden werden. So ist es früher gehalten worden und so soll es weiter gehalten werden. Ich bin der Überzeugung, daß die große Mehrheit der Verbandsmitglieder diesen Standpunkt teilen wird, habe es aber für sehr erwünscht, ja für außerordentlich notwendig, daß auch die agentischen Anschauungen in ausreichendem Maße zum Worte kommen. Dabei soll aber nicht mit Schlagworten, die schon in den Ohren klingen, mit denen aber meist nicht viel gesagt wird, gearbeitet werden. Die Kollegen sollen vielmehr aus sich herausgehen und bemächtigt sein, praktische Vorschläge zu machen, welche Grundrisse und welche Taktik in Zukunft für die Tätigkeit des Verbandes in Frage kommen sollen. Unsere „Buchbinder-Zeitung“ soll ein getreues Spiegelbild der Meinungen geben, von denen unsere Verbandsmitglieder in diesen Zeiten beherrscht werden. Dazu gehört aber, daß sich die weitesten Kreise der Kollegen und Kolleginnen an der Aussprache beteiligen, und rücksichtslos zum Ausdruck bringen, wie sie für die Zukunft das Schiff der Organisation gesteuert wissen wollen. Also Verbandsmitglieder, seid auf dem Posten, prüft die Dinge, zeigt Euch würdig der Zeit und sorgt dafür, daß unser Verband auch unter den veränderlichen Verhältnissen für jeden freien Kollegen und für jede freie Kollegin einen Schutz und Schirm bildet. Persönliche Freiheit und Freiheit der inneren Überzeugung des einzelnen über alles, aber freiwillige Unterordnung unter den Willen der Gesamtheit!

Argus.

**Aus unserem Kreis.**

**Aus der Kartonnagen- und Papierwaren-Industrie.**

Die Geschäftsfrage in der Kartonnagen- und Papierwaren-Industrie wird in der „Kartonnagen-Zeitung“ auf Grund der Berichte von 10 Handelskammern geschildert. Wir geben aus den einzelnen Berichten das Nachstehende wieder, bemerken jedoch dazu, daß die Handelskammerberichte meistens einseitige Darstellungen geben. Die jetzige ganze wirtschaftliche Konstellation aber ist so, daß man an den

Wichtigkeit der trostlosen Sachdarstellung der gemau- ten Berichte in diesem Falle nicht zu zweifeln braucht. Allgemein wird über Stoffmangel, Man- gel an Rohstoffen und hohen Herstellungskosten ge- klagt, sowie über Aus- und Einfuhrbeschränkungen im besetzten Gebiet.

Von den sächsischen Handelskammern in Chemnitz und Dresden berichtet erstere, daß in der Frage- und Kartonnagenindustrie Rohstoffe, insbesondere Pappen und Papiere im allgemeinen in ausreichendem Maße vorhanden sind. Geschäftsför- dierend würde nur, daß die Ausfuhr nach den nord- ischen Staaten immer noch unterbunden sei, da nach diesen Ländern Aufträge vorliegen, die nicht ausge- führt werden können. — Der Dresdener Bericht meidet, daß die Lage noch unverändert schlecht infolge des Kohlenmangels sei.

Von den sächsischen Handelskammern in Dre- s- ta u n d O p p e l n berichtet letztere ebenfalls von der Kohlemat, die so groß sei, daß die Herstellung auf die Hälfte herabgesetzt werden mußte. Hierzu kommt das völlige Stocken des Absatzes, vor allem nach dem Osten Deutschlands. — Der Breslauer Be- richt besagt, daß schon in den Monaten vor der Revo- lution die Kaufkraft beim Publikum und dements-prechend auch bei den Detailisten und Großhänd- lern sehr zurückgegangen sei. Trotzdem wurde in den letzten des Papierwarengewerbes im vergange- nen Geschäftsjahr allgemein ein Umsatz erzielt, der an Höhe die Umsätze der früheren Kriegs- und Friedensjahre noch übertraf, allerdings nicht in der Menge der wirklich gelieferten Ware, sondern nur infolge ihrer Wertsteigerung. Die Schwierigkeiten in den Betrieben stiegen sehr schnell an, da in den meisten Abteilungen viel Ersatzstoffe verarbeitet wer- den mußten, da die ständigen Arbeiter durchweg ein- gezogen und die gelernten Arbeiterinnen in die Kriegsindustrie abgewandert waren. Die Güte der bezugsfähigsten Waren verringerte sich dementsprechend. Mit dem Einsetzen der Revolution und schon vorher mit dem Zusammenbruch Bulgariens und Oesterreichs hörten die Aufträge so gut wie ganz auf. Statt dessen fehlten die Aufbestellungen ein, die nicht ohne weiteres zurückgewiesen werden konnten im Inter- esse der alten Abnehmer. Der Umsatz im November und Dezember ging daher sehr zurück. Vor allen Dingen machte sich der Ausfall des Ausfuhrumsatzes außerordentlich bemerkbar. Große Mengen Waren, die für das Ausland bestimmt waren, lagen jetzt hier und auf den verschiedensten Güterbahnhöfen in Polen, Böhmen, Deutschösterreich, Ungarn usw. Die größte Gefahr für die Zukunft der Papierindustrie erhebt der Bericht natürlich ebenso wie bei den meisten anderen Industrien in den Lohnsteigerungen.

Die P o t s d a m e r Handelskammer berichtet, daß im allgemeinen die Güterzeugung unter dem Rangel an Rohstoffen jetzt nicht weniger zu leiden hat als vor Beendigung des Krieges. Trotz der hohen Verkaufspreise läßt die Rentabilität der Be- triebe sehr zu wünschen übrig, da die Löhne und Un- lösen unerschwinglich hoch sind. Es ist daher auch zu befürchten, daß das Absatzgebiet für Papier- waren im Ausland wegen der hohen Herstellungsk-osten verloren geht. — Von sehr mißlichen Verhält- nissen infolge der Besetzung des linken Rheinufer-berichts die Handelskammer in Frankfurt- M a i n. — In S o l i n g e n hat eine Kartonnagen- fabrik ihren Betrieb um die Hälfte eingeschränkt, da sie wegen der (wohl durch die Besetzung bedingten) Sperre ihre Kundschäft nicht bedienen kann.

Im Bericht aus K a s s e l heißt es: Trotz des zu erwartenden erheblichen Bedarfs des Auslandes an Karton-, Chromo- und Buntpapier wird die deutsche Industrie kaum ihrer hauptsächlichsten Ausfuhrkon- kurrenz — Belgien — gewachsen sein. Der Grund hierfür liegt in der erheblichen Preissteigerung der deutschen Erzeugnisse. Konstanz berichtet, daß eine Briefumschlagfabrik auf Lager arbeiten läßt, um das Personal beschäftigten zu können. Seit dem Waffenstillstand stockt der Absatz vollständig. Durch die Verteuerung der Produkte sei ein Wettbewerb mit dem Ausland ausgeschlossen. — Und aus L a h r wird gemeldet, daß die Kartonnagenherstellung weniger auf Kohlenzufuhr angewiesen und Arbeitskräfte und Rohstoffe zurzeit genügend vorhanden seien. Die Beschränkungen und Sperren im Güterverkehr, namentlich mit Norddeutschland, erschweren das Ge- schäft außerordentlich. Eine baldige Befreiung dieser Verkehrsverbindungen ist notwendig. Die durch die Besetzung des linksrheinischen Gebietes entstan- denen Nachteile sind durch die ingenuen Erfolge der Besetzung des rechtsrheinischen Brudentopfes von Strakburg noch vermehrt worden. Einreicherungen im Verkehr mit dem besetzten Gebiet sind mit Nach- druck anzustreben, damit der frühere ziemlich große Absatz dorthin einigermaßen erhalten bleibt.

**Geschäftsergebnisse.**  
Einen Einblick in die „schlechten“ Geschäfte, die manche Unternehmen nach den heiligen Berich- tungen ihrer Inhaber machten, gestatten die nach-

stehenden Abschlüsse von vier Unternehmen aus unserm Kreis. Danach hat die Rotaphot A.-G. für Graphische Industrie in Berlin eine Divi- dende von 12 v. H. in Vorzahlung gebracht. Im Vor- jahre konnte diese Firma „nur“ 10 v. H. verteilen. — Die Kunstdruck- und Verlagsanstalt Bezzel u. N a u m a n n in Leipzig hat in ihrer Aufsicht- stellung beschloffen, nach reichlichen Abschreibungen 10 v. H. als Dividende und weitere 5 v. H. als Bonus zur Verteilung vorzuschlagen. — Die A.-G. Z u c k e r u. C o., Schreibwarenfabrik in Erlan- gen, verteilt wieder — gleichwie im Vorjahre — 12 v. H. als Dividende und 6 v. H. als Bonus (im Vorjahre 3 v. H.). — Die G. G r a n d l a c h A.-G. für Papierverarbeitung in Mielefeld hat beschloffen, nach reichlichen Abschreibungen eine Dividende von 12 v. H. auszuschütten. — Und wie wird die Arbeiter- schäft dieser Betriebe entlohnt?

**Die Revolution und ihr Einfluß auf den Papier- markt.**

Dieses Thema behandelte ein Vortrag, den Dr. A. P a r i s e r in der Berliner Börse hielt. Wir ent- nehmen ihm folgende Einzelheiten:

Der Papier- und Papierstoffmarkt liegt sehr un- günstig. Im Frieden stellte Deutschland monatlich 70 000 Tonnen Zellstoff her. Im Kriege ging diese Zahl auf 22 000 herunter, wurde wieder auf 48 000 getrieben und hatte diese Höhe bis September 1918. In der Revolution sank die Menge rasch und betrug im Oktober 40 000, im November 29 000, im De- zember 20 000 Tonnen. Die Januarerzeugung dürfte noch weit geringer sein. Davon werden 7 000 Tonnen allein für Zeitungspapier gebraucht. Im selben Maße ist aber auch die Papier- und Papperzeugung zurückgegangen, von 104 000 Tonnen im August auf 77 000 im November und kaum 60 000 im Dezember. Im Januar wird es noch schlimmer aussehen, weil Decidierel der Fabriken zum Stillstand gekommen sind. Holz liegt für dreiviertel Jahre auf den Höfen der meisten Zellstoffwerke, auch wird jetzt mehr Holz beschafft durch die angeordneten größeren Holz- einschläge. Trotz der geringen Erzeugung an Papier stockt der Papiermarkt infolge von Absatzschwierig- keiten. Der zum Kriegsende erwartete Aufschwung des graphischen Gewerbes ist ausgeblieben. Es wer- den keine Werbemittel-Preislisten gedruckt, obwohl die alten Preislisten durch den ungeheuren Um- schwingung der Preise unbrauchbar geworden sind. Das Gedeihen des graphischen Gewerbes ist vom Außen- handel abhängig.

Da ist es jetzt bemerkenswert, daß nach einem Beschluß des obersten Wirtschaftsrates der Entente, mitgeteilt durch eine Note des Generals Koch am 24. März, während des Waffenstillstandes deutsches Druckpapier ohne Erlaubnis der Entente nicht aus- gegeben werden darf, jedoch darf jede der alliierten und assoziierten Regierungen während des Waffen- stillstandes Druckpapier, das Deutschland für die Ausfuhr verfügbar hat, zu passenden und angemes- senen Preisen kaufen, in dessen nicht mehr als 1/2 des für die Ausfuhr verfügbaren Druckpapiers für sich beanspruchen. Das übrige Drittel soll an die Neu- tralen verkauft werden dürfen. Vertreter der Entente- staaten wollen unerbittlich mit Vertretern der deutschen Regierung Vereinbarungen über solche Käufe festlegen. Die deutsche Regierung hat bereits Fachleute der Papierherstellung und des Papier- handels zu diesen Verhandlungen berufen. In der Sachverständigengruppe für Papier führt den Vorsitz Herr Direktor Kraemer, Vorsitzender des Reichsaus- schusses für Druckgewerbe und Papierverarbeitung.

**Wer bezahlt den Lohnausfall bei Arbeitsver- hinderung infolge Mangel an elektrischer Kraft?**

Eine Entscheidung, der wegen ihrer grundsätz- lichen Bedeutung sowohl von Seiten der Arbeitgeber- wie der Arbeitnehmerchaft mit großem Interesse entgegenzusehen wurde, fällt das Berliner Gewerbe- gericht. Es handelte sich um die Frage, ob bei Aus- setzen des elektrischen Stromes die Arbeiterchaft ein Anrecht auf Bezahlung hat oder nicht. Das gewerb- liche Personal der Großbuchbinder von Wäbden u. Co. in Berlin, im ganzen 200 Personen, klagte Löhne für den 22. Januar, an welchem Tage in Berlin der elektrische Strom versagte, in Gesamthöhe von 2194 Mf. ein. Wie der Vertreter der Arbeiter ausführte, war die gesamte Arbeiterchaft pünktlich zum Dienst erschienen, da am Tage vorher die Stromleitung voll funktionierte. Sie wurden dann aber vom Betriebsleiter nach Hause geschickt. Der Beklagte hob hervor, daß es sich nicht um das Geld handele. Aus prinzipiellen Gründen warte die ganze Arbeiterchaft auf dies Urteil. § 815 des Bürger- lichen Gesetzbuches sei hier nicht anwendbar, weil es sich um Verletzung der gesamten Kraft handelt, deren anderweitige Beschaffung unmöglich gewesen wäre. Das Gewerbegericht kam zur antwortgemäßen Ver- urteilung der Firma. Die Kraftverlegung habe in einem solchen Falle der Unternehmer zu

vertreten. Wenn die Arbeiter pünktlich zum Dienst erschienen, täten sie ihre Schuldigkeit und müßten den Lohn für den Tag erhalten.

**Der Deutsche Buchgewerbeverein in Leipzig**

eröffnete am 23. März im Buchgewerbehaus wieder ein L e s e z i m m e r und eine B ü c h e r e i für alle Angehörigen der graphischen Gewerbe, nachdem in- folge des Ueberganges des künstlerischen und wissen- schaftlichen Teils seiner Wäherei an das Deutsche Kulturmuseum Lezejimmer- und Büchereiräume längere Zeit geschlossen waren. Gegen 100 Tag- zeitschriften und Unterhaltungsblätter liegen dort zur unentgeltlichen Benutzung auf, während die Wäherei neben wichtiger Fachliteratur Werke aus allen Gebieten der schönen Literatur, Literatur- geschichte, Geschichte usw. enthält, die auch nach Hause entliehen werden können. Wäiten im buchgewerb- lichen Viertel gelegen, wird die neue Einrichtung sicherlich von den Angehörigen der graphischen Ge- werbe in Leipzig mit Freuden begrüßt und viel benutzt werden. Geöffnet ist das Lezejimmer wochen- tags von 10 bis 1 und 8 bis 7 Uhr, Sonntags von 11 bis 1 Uhr.

**Berichte.**

Berlin. Am 14. April fand eine gut besuchte Brandenburger-Versammlung der Eisenbranche statt, die zunächst ein Referat über das revolutionäre Näte- system entgegennahm. Kollege Schülnetz referierte. Er schilderte, wie dieses System aus dem Gebiets- land Ausland über Ungarn nach Deutschland gekom- men sei. In kurzen Zügen die Epochen der russi- schen Revolution streifend, legte er die Kompetenzen der Betriebsräte, Bauernräte und Soldatenräte einerseits, sowie die Maßnahmen, die sich durch die politische Macht der Arbeiterkräfte andererseits äußern müssen, klar. Er schloß, daß wir ohne politische Macht nicht zu einer Sozialisierung im proletarischen Sinne kämen, solange die bürgerliche im Verein mit der mehrheitssozialdemokratischen Gesellschaftsord- nung das Recht und die Gesetzgebung in Händen habe. Erst das geeinigte Proletariat kann siegreich aus dem Kampfe hervorgehen. Eine Aussprache über das beifällig aufgenommene Thema fand nicht statt. Dann wurden die Kollegen Abamagal und Schülnetz in die Brandenburgerkommission gewählt und die einzel- nen Punkte des Reichstags durchbesprochen. Besont wurde dabei, daß die Kollegenchaft nicht gewillt ist, sich für die Zukunft über ihre Köpfe hinweg vor vollendete Tatsachen stellen zu lassen, sondern daß vor allen Dingen die Kollegenchaft bei Tarifaus- arbeitung mit herangezogen werden muß. Für eine Arbeitsgemeinschaft im Westeuropäischenformat be- dacht sich die Kollegenchaft. Der Tarif wurde mit den Quasikollegen, daß örtliche Vereinbarungen getroffen werden können, angenommen. Sodann wurde be- richtet, daß die Sammlung für den von der Postge- berde erschöpferten Kollegen Demichel 100 Mf. er- gabene habe. Nachdem noch einzelne Angelegenheiten der Branche erledigt waren, forderte Abamagal auf, sich reger an dem Verbandleben zu beteiligen, die Generalversammlung zu besuchen und sich zahlreich an der Urabstimmung am Sonnabend, den 28. April, zu beteiligen.

Düsseldorf. Nachdem man hier am Orte dazu übergegangen war, sämtliche graphischen Verbände der freien Gewerkschaften zu einem Kartell zusam- menzuschließen, wurde von demselben beschloffen, gemeinsam an die Unternehmer mit neuen Lohn- forderungen heranzutreten, die den heutigen neueren Verhältnissen angepaßt seien. Am 30. März wurde in einer dazu einberufenen Versammlung einstimmig beschloffen, folgende Forderungen einzutreten:

- I. Den Grundlohn um 100 Prozent zu er- höhen.
- II. Gewährung von Ferien, nach 1/2-jähriger Tätigkeit im Geschäft 6 Tage, nach 3-jähriger Tätigkeit 12 Tage.

Die Verhandlungen, die schon anderen Tags stattfanden, führten zu dem Ergebnis, daß die Prin- zipale bereit waren, den Gehältern 12 Mf. pro Woche zu bewilligen. Dieses Angebot wurde jedoch von der gesamten Arbeiterchaft im graphischen Gewerbe in einer öffentlichen Versammlung am 3. April ab- gelehnt und die Kommission beauftragt, in erneute Verhandlungen mit den Unternehmern einzutreten. In der erneuten Verhandlung am 4. April lehnten die Prinzipale jedes weitere Entgegenkommen ab. In dieser Verhandlung wurden die Löhne der Buch- druckereihilfsarbeiter und -arbeiterinnen in einem neuen Tarif festgelegt, ebenso einigte man sich über die weiteren Zugehörnisse für die Wäherei- arbeiterinnen. Entsprechend dem Umstande, daß die Unternehmer der Gehälternschaft so droff ableh- nend gegenüberstanden, wurde am 7. April in einer öffentlichen Versammlung einstimmig beschloffen, sofort in den Ausstand zu treten und die Arbeit nicht eher aufzunehmen, bis die Prinzipale den gerechten

Forderungen der gesamten Arbeiterschaft im graphischen Gewerbe nach kommen seien. Infolgedessen wurden noch an demselben Abend die Zeitungsbetriebe am Orte stillgelegt und am folgenden Tage waren sämtliche Betriebe, auch der Kleinste, stillgelegt, so daß sich das gesamte Personal im graphischen Gewerbe der Bewegung angeschlossen hatte. Dies war um so mehr bemerkenswert, als es das erste Mal war, daß die graphischen Berufe gemeinsame Sache machten.

Durch Vermittlung des Vorsitzenden des Demobilisierungsausschusses, der von den Prinzipalen angerufen worden war, wurden die Verhandlungen am 11. April wieder aufgenommen. Aber auch in dieser Sitzung gab es harte Arbeit und das Endergebnis konnte erst am 12. April erzielt werden, und zwar wurden folgende Vereinbarungen getroffen:

Alle Gehilfen erhalten eine neue Teuerungszulage von 18 M. die Woche auf die Dauer von 13 Wochen ab 1. April bis zur Neuregelung durch das Tarifamt, welche dann verrechnet werden. Die Löhne der Gehilfen stehen jetzt zwischen 97 und 103 M. die Woche. Ferner erhalten sie eine einmalige Sonderzulage von 30 M.

Hilfsarbeiter erhalten eine neue Teuerungszulage bis 16 Jahren von 3 M. die Woche, 16 bis 18 Jahren 4 M. die Woche, 18 bis 21 Jahren 5 M. die Woche und darüber 7 M. die Woche. Außerdem eine einmalige Sonderzulage von über 18 Jahren 20 M., unter 18 Jahren 10 M.

Hilfsarbeiterinnen. Unter 16 Jahren nach freier Vereinbarung, nach dem 1. Jahre im Jahre 7,50 + 18,50 = 26,— M., nach dem 2. Jahre 9,— + 19,50 = 28,50 M., nach dem 3. Jahre 10,50 + 21,50 = 32,—; darüber mit einem Grundlohn von 12,— + 23,50 = 35,50 M. von 13,— + 23,50 = 36,50 M., von 14,— + 23,50 = 37,50 M., von 15,— + 23,50 = 38,50 M.

Buchbindereiarbeiterinnen nach dem 1. Jahre im Jahre 10,— + 19,— = 29,— Mark, nach dem 2. Jahre 12,— + 20,— = 32,— Mark, nach dem 3. Jahre 15,— + 22,— = 37,— Mark und darüber 18,— + 24,— = 42,— M.

Alle Arbeiterinnen erhalten eine einmalige Sonderzulage über 18 Jahre von 15 M., unter 18 Jahren von 10 M.

Außerdem erhalten alle die Feiertage bezahlt. Diese Vereinbarungen wurden von der Versammlung am 12. April angenommen, aber Protest dagegen eingelegt, daß die Unternehmer der Arbeiterschaft so wenig entgegengekommen waren und beschlossen, bei gegebener Zeit, sofern sich die Lebensverhältnisse noch weiter verschlechtern sollten, erneut an die Prinzipale heranzutreten. Die Arbeit wurde am 14. April in vollem Umfang wieder aufgenommen. Diese neuen Zugehörnisse konnten wir nur dadurch erringen, daß die gesamte Arbeiterschaft des graphischen Gewerbes geschlossen und geeinigt dahinterstand. Es ist nun Sache unserer sämtlicher Zunftstellen im Reich, diesem zu folgen und überall graphische Kartelle zu gründen, um dadurch zu dem Resultat zu kommen, wofür unser ganzes Streben jetzt gehen muß: nämlich zu einem Reichsverband für das gesamte graphische Gewerbe.

Trennen i. B. Obwohl die Löhne im ganzen Vogel- und viel zu wünschen übrig lassen, erregte es doch viel Bewunderung, was für Löhne im hiesigen Orte (und auch noch im Afford) bezahlt werden. Das war auch der Grund, was die Leitung der Zunftstelle Plauen beantragte, einmal nach dem Rechten zu sehen, schon der Schmuckkonfektur halber. Die Löhne schwanken hier für jugendliche Arbeiterinnen zwischen 5—12 M., erster Arbeiter, also Meister, 38 M., zwei mitarbeitende Buchbinder 20 M. Wohlgekehrt, mit Teuerungszuschlag. Daß mit solchen Löhnen alle jugendlichen Arbeiter ihren sowieso schon mit Nahrungsvorsorgen kämpfenden Eltern zur Last fallen, ist doch klar. Viel fehlt noch an diesen Löhnen, um die Höhe der Erwerbslosenunterstützung am Orte zu erklimen. Nach guter Vorbereitung für die anberaumte Versammlung erschienen die Arbeiter und Arbeiterinnen der Firma Helmut Wolf vollzählig. Man sah es ihnen an, wie sehnlich sie darauf gewartet hatten, den Zweck und Nutzen des Verbandes kennen zu lernen, den ihnen Kollege Dallmeier-Plauen in kurzen Umrissen erläuterte. Anschließend trug Kollege Lüdke den Nutzen der Organisationen im allgemeinen vor, mit dem Bemerkend, daß trotz freien Volksstaates und demokratischer Regierungen und Gesetze unsere Unternehmer nichts freiwillig geben. Alles müssen sich die Arbeiter erst mit Hilfe ihrer Organisationen erzwingen. Die Würde der Versammlungsleiter trug reiche Früchte, indem die erschienenen 3 Kollegen und 29 Kolleginnen sich dem Verbande sofort angeschlossen. An der Verbandssitzung liegt es nun fest, auch für die Zurückgebliebenen unserer Brände menschwürdigere Zustände und Lohnverhältnisse zu schaffen, nicht zum Schaden der übrigen vogtländischen Kollegenität speziell in der Kartonbranche.

Wesel. Am 8. April versammelten sich sämtliche anfähigen Kollegen und Kolleginnen zur Gründung einer Zunftstelle. Der vollzählige Besuch war sehr erfreulich. Der Vorsitzende ermunterte die Anwesenden zur freudigen Mitarbeit. Die Wahl des Vorstandes war schnell erledigt; dieser setzt sich aus folgenden Kollegen zusammen: Nummer, Vorsitzender; Blumenjaat, Kassierer; Klenndorf, Schriftführer. Eine von der Zunftstelle in die Wege geleitete Lohnbewegung fiel zu unserer vollen Befriedigung aus.

**Rundschau.**

Gewerkschaftsbeiträge nicht steuerfrei. Die Generalkommission richtete am 8. März an das preussische Finanzministerium das Ersuchen, die Steuerbehörden anzuweisen, daß von dem zu veranlagenden Einkommen der Arbeiter Abzüge in Höhe der Ausgaben für Arbeitsbeschaffung und für Gewerkschaftsbeiträge zulässig sind. Der Finanzminister hat auf die Eingabe unter dem 19. März folgenden Bescheid erteilt:

„Die Mehrkosten, d. h. die über den persönlichen außerberuflichen Bedarf hinausgehenden Kosten, die den Arbeitern mit Rücksicht auf ihre besondere berufliche Tätigkeit für Arbeitsbeschaffung erwachsen, sind als „Werbungskosten“ nach § 81 des Einkommensteuergesetzes vom Gesamteinkommen aus gewinnbringender Beschäftigung

abzugsfähig. Die Steuerbehörden sind seitens des Finanzministers mehrfach auf angemessene Berücksichtigung dieser Abzüge hingewiesen worden, und ich darf annehmen, daß im allgemeinen hiernach verfahren wird. Sollten in Einzelfällen trotzdem für berechtigt erachtete derartige Abzüge von den Steuerbehörden nicht zugelassen werden, so steht es den Steuerpflichtigen frei, mittels der gesetzlichen Rechtsmittel die Veranlagung anzugreifen.

Falls in irgendeinem Veranlagungsbezirke der Abzug für Arbeitsbeschaffung allgemein verweigert sein sollte, wäre mir Mitteilung hierüber erwünscht.

Nach der geltenden Fassung des Einkommensteuergesetzes und der Rechtsprechung des Oberverwaltungsgerichts sind dagegen die Gewerkschaftsbeiträge nicht abzugsfähig. Sie fallen nicht unter die in § 8, 1—5 des Einkommensteuergesetzes als abzugsberechtigt aufgeführten Beiträge zu den behördlichen Verfassungen, sind auch nicht nach § 8 11 3 a. a. O. zum Abzug zugelassen, weil sie dem zu ihrer Entrichtung Verpflichteten keinen klagbaren Anspruch auf bestimmte, in den Rahmen jener gesetzlichen Vorschriften fallende Vorteile gewähren und können endlich auch nicht nach § 8 1 1 als allgemeine Werbungskosten in Betracht kommen, weil sie nicht unmittelbar der Erwerbung, Sicherung oder Erhaltung des Quellenertrags dienen. Die gewünschte Ausdehnung der Abzugsfähigkeit auf die Gewerkschaftsbeiträge kann daher nicht vom Finanzminister im Verwaltungswege, sondern nur im Wege der Abänderung der bestehenden gesetzlichen Bestimmungen eingeführt werden. Ob das anständig ist, wird bei Gelegenheit einer Abänderung des Einkommensteuergesetzes erwogen werden.

(gez.) Dr. Südekum.

**Adressenänderungen.**

- Abresen der Bevollmächtigten und der Kassierer.  
 B. = Bevollmächtigter. K. = Kassierer.  
 Krieg (Bez. Breslau). B.: G. Schulz, Pöppelstr. 3.  
 K.: L. Christ, Schulstr. 8.  
 Burgstädt i. Sa. B.: G. Solbrig, Oststr. 15 I.  
 K.: A. Wolf, Krehnerstr. 18 II.  
 Erlangen. B.: A. Drechsler, Jägerstraße 7.  
 K.: H. Erbacher, Hauptstraße 112.  
 Rudolstadt. B. u. K.: S. Wechsung, Saalergärten 1.

**Briefkasten.**

B. A. in B. Das Ansehen unseres Verbandes erfordert es, daß bei solchen Vorkäufen die Sachlichkeit gewahrt bleibt. Ich habe deshalb in Ihrer Zunft an zwei Stellen eine Milderung der von Ihnen gebrauchten Bezeichnungen vornehmen müssen. — B. A. in D. Geben Sie mir, bitte, Ihre jetzige Adresse an. — D. A. in Fr. In nächster Nummer.

Zurückgestellt infolge Raummangels wurden: Neuorientierung der Gewerkschaften 5. — Die soziale Stellung der Frau im sozialistisch-demokratischen Volksstaat. — Krankhafte Zustände. — Zum Verbandstag. — Die Arbeitslosigkeit im ersten Quartal 1919. — Tarifabschluss in Liegnitz.



**Neffeltuchfäddchen**  
 Größe ca. 15x25 cm zu 50 Pfg. per Stück bieten an  
**„Almanfor“**  
 Frankfurt a. M. Probefendung ab 50 Stk. unt. Nachn. Off. unt. N. P. 3. 610 an Rud. Woffe, Frankfurt a. M.

**Größere Posten**  
**Ledertuche, Steifgaze, Kallos, Saftpapiere, Samtgewebe** bietet an  
**Kunstkunst „Palette“**  
 Hamburg, Admiralitätsstraße 62/63 II.

**Kleister und Leime**  
 nur prima Ia bezugscheinfrei  
 Muster à 70 Pfennig.  
**Klebstoff-Industrie Martin Jachler,**  
 Berlin N. 87, Weissenburger Straße 65.  
 Fernsprecher: Norden 6549.

**hochfeine Harmonikas**  
 Wiener und Bozener Art mit 1a Stahlstimmen, ein- bis vierreihig, für Mitglieder zu Händlerpreisen. Jeder benütze diese selten gütliche Gelegenheit. Illust. Preisliste gratis. **J. Ortlik, Harmonika-Fabrikation, Arnstadt i. Th., Ohrdruffer Str. 4.**

**Eisendrähte**  
 in allen Ausführungen, blank, geglättet, verzinkt, von den feinsten bis zu den stärksten Sorten. Festdrähte, Blumen- und Befestigungsdrähte liefern **M. Brode & Söhne, Dagen i. B.**

**Statistische Erhebungen über Lohn- und Arbeitsverhältnisse**  
 in unserem Beruf.  
 Zum Preise von 1,20 M. zu beziehen von **E. Haneisen, Berlin S. 59, Urbanstraße 63 I.** Postfachkonto Bln. 23210.

**Deutschlands Industrien und Deutschlands Handel**  
 kleben nur noch mit  
**Wiril Klebstoffen**  
 (D. R. P. a.)  
**Glänzende Begutachtungen.**  
 Lieferanten für Heeresverwaltungen, Behörden, Rüstungs- und kriegswichtige Betriebe etc. etc.  
 Muster mit Angabe der Verwendungsart von 5 Kg. gern zu Diensten.  
**Chemisch-technische Werke Willybald Richter**  
 Leipzig, Querstraße 4—6, Telefon 3049.  
 Telegramm-Adresse: Wirilwerke.  
 Zur Messe: Leipzig, Zeisighaus, I. Obergeschoß Stand 74-76.  
 Deutsche Schuh- und Leder-Messe, Leipzig, Halle D, Stand 310/11.